



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

LEBEN

SEITE 20

**Telefonaktion:
Fragen zur Rente**

ARBEIT

SEITE 24

**Auch als Pendler
gesund bleiben**

BEZIRK

SEITE 28

**Den Nazis die
Feier verhagelt**

LOKALES

SEITE 30

**Tarife in Kfz-Branche
sichern**



**Beschäftigte packen aus:
Grauzone Leiharbeit**

THEMEN IM HEFT



Foto: Frank Rumpenhorst

Zwei Welten, zwei Lager, zwei Seiten der Belegschaft: Leiharbeiter und Festangestellte. Wie erleben sie die Konflikte im Betrieb? Was würden sie ändern, wenn sie könnten? Warum kann sich der Leiharbeiter keinen Führerschein leisten, den er für eine feste Stelle so dringend benötigen würde. Ein Leiharbeiter und ein festangestellter Kollege erzählen von ihrem Alltag. Sie berichten über ihre Konflikte und über ihre Ängste. Denn der Druck auf beide Seiten ist enorm. So groß, dass sie besser anonym bleiben.

SEITE 10 BIS 13

Titelfoto[M]: Frank Rumpenhorst



Foto: Frank Rumpenhorst

Telefonaktion der metallzeitung
Metallerinnen und Metaller haben viele Fragen rund um die zusätzliche Altersvorsorge. Experten antworteten. SEITE 20



Foto: Daniel Peter

Metaller strampelt für Kinder in Not
Metaller Harald Hombrighausen jagt Guinnessbuch-Rekorde. Sponsorengelder und andere Einnahmen spendet er. SEITE 17



Foto: Martin Gerten / dpa / pa

Krank durch Pendeln
Immer mehr Beschäftigte sind täglich viele Stunden unterwegs, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Das ist Stress pur. SEITE 24

Anzeige

IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters,
Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiter:
Werner Hoffmann (verantwortlich im
Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Birgit Büchner/Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de/metallzeitung

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metallzeitung** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Vorstand nominiert**
Der Vorschlag für den Gewerkschaftstag.
- 5 **Arbeitnehmer gegen Nazis**
16 Betriebe demonstrieren im Südkreis gegen Rechts.
- 6 **Zwölf-Stunden-Schichten**
Rund um die Uhr arbeiten: Keine Zeit für privates.
- 7 **Kfz: 40-Stunden-Woche?**
Die Arbeitgeber wollen die Tarifbindung kündigen.
- 8 **Interview**
Hauptkassierer Bertin Eichler über die Servicegesellschaft.
- 9 **Pflaume des Monats**
Ex-Fernsehmoderatorin Eva Herman

TITEL

- 10 **Leiharbeit: Beschäftigte zwischen Angst und Wut**
Ein Leiharbeiter und ein Festangestellter reden über ihren Alltag im Betrieb.

REPORTAGE

- 14 **Fabrik besetzt**
Bike-Systems-Beschäftigte wollen keine Heuschrecken.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Sportler Harald Homrighausen.

- 18 **Reinrassige Metaller**
Warum auch CDU-Mitglieder Metaller sind.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Interview mit Elternzeit-Metaller Oliver Mörscheid
- 20 **Telefonaktion**
Experten beantworten die wichtigsten Fragen.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: »Rettet dem Dativ«, das Spiel zum Buch.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Sichere Arbeitsplätze plus Tarifvertrag.
- 23 **Die gute Idee**
Die IG Metall organisierte eine Floßfahrt für Azubis.
- 24 **Unsere Tipps**
Stress durch Pendeln: Firmen blenden das Problem aus.
- 25 **So geht es besser**
Gemeinsam studieren – kooperativ entscheiden.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Laserdrucker: Schaden sie der Gesundheit?
- 26 **Ökonomie mal anders**
Stefan Welz über die Altersarmut.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Herbstgutachten

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**

Aus der Redaktion

Leiharbeit – ein Thema, das uns schon lange beschäftigt und ein Thema, das in den Betrieben leider immer brisanter wird. Für beide Seiten: Für die Leiharbeiter, die zu wenig verdienen und auch für die Festangestellten, die die Leiharbeiter argwöhnisch betrachten. Wir wollten beide Seiten zu Wort kommen lassen. Redakteurin Fabienne Melzer und Redakteur Dirk Erb gingen auf die Suche.

Leiharbeiter fanden sie viele. Doch keinen, der sich äußern wollte. Schließlich besuchten wir im Rheinland zwei Metaller. Doch als Redakteurin Melzer vor Ort war, klingelte das Telefon beim Betriebsrat, wo das Treffen stattfand. Der Chef brüllte in den Hörer: »Kein Wort zur Presse. Sonst gibt es Druck.« Jetzt wissen wir, warum wir keine Interview-Partner fanden: Die Firmenleitungen setzen die Leiharbeiter unter Druck. Alltag in den Betrieben, nicht nur wenn die **metallzeitung** recherchiert.

Eure Redaktion

EDITORIAL

QUALITÄT DER ARBEIT

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall,
über die zunehmend
schlechtere
Arbeitszufriedenheit
der Beschäftigten.



Foto: Renate Schildheuer

Sehr schlechte Noten für »Gute Arbeit«

Wer die Qualität des Wirtschaftsstandortes erhalten will, muss endlich die Qualität der Arbeit verbessern.

Die Menschen in Deutschland sind mit ihrer Arbeit unzufrieden. Erstmals hat eine repräsentative Umfrage des DGB diese traurige Wahrheit wissenschaftlich bestätigt: Nur zwölf Prozent der Befragten bewerten ihre Arbeitsplätze positiv, 54 Prozent stufen sie als mittelmäßig ein, 34 Prozent nennen sie mangelhaft.

Auf einer Skala von Null bis 100 hat der DGB-Index »Gute Arbeit« lediglich einen Wert von 58 erreicht. Er liegt damit nur acht Punkte über dem Prädikat »Schlechte Arbeit«. Für eine der führenden Industrienationen der Welt ist das ein Armutszeugnis. Der Kostendruck, den Unternehmen in den vergangenen Jahren entfaltet haben, ist hauptsächlich zu Lasten der Arbeitnehmer gegangen. Standards guter Arbeit unterliegen in vielen Betrieben einem erbitterten Standortwettbewerb. Um ihre Rendite zu steigern versuchen Arbeitgeber an der Qualität der Arbeitsbedingungen zu sparen und bereits erreichte Erfolge wieder rückgängig

zu machen. Verlängerung von Arbeitszeit, steigender Leistungsdruck und unsichere Arbeitsverhältnisse sind die Folge.

Eine Strategie der Kostensenkung setzt auch auf den zunehmenden Einsatz von billigen Leiharbeit. Die meisten der rund 600 000 Leiharbeiter werden in der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt. Gleichzeitig wird die Zahl der festangestellten Arbeitnehmer zurückgefahren. Dabei ist doch jedem klar: Eine rein auf Kostensenkung ausgerichtete Strategie zerstört nicht nur gute Arbeit, sie untergräbt die Motivation der Arbeitnehmer. Hohe Leistungen sind unter mangelhaften Arbeitsbedingungen auf Dauer nicht möglich. Lange haben uns die Arbeitgeber eine Diskussion um die Kosten der Arbeit aufgedrückt. Es wird endlich Zeit in der Gesellschaft eine Diskussion um die Qualität der Arbeit zu führen. Auch den Arbeitgebern muss klar werden: Wer die Qualität des Wirtschaftsstandortes erhalten will, muss die Qualität der Arbeit verbessern. ■

Jürgen Peters

■ **Berthold Huber (57)**

bisherige Tätigkeit:
Zweiter Vorsitzender und zuständig
für die Bereiche Tarifpolitik,
Betriebs- und Mitbestimmungspolitik,
Betriebsräte, Vertrauensleute,
Mitbestimmung, Betriebsverfassung,
Zweigbüro Stahl, Angestellte sowie
Organisation und Mitglieder.



Foto: Ute Grabowsky / IG Metall

■ **Detlef Wetzel (54)**

bisherige Tätigkeit:
Bezirksleiter des IG Metall-
Bezirks Nordrhein-Westfalen,
zuvor bis Juli 2004
Erster Bevollmächtigter
der IG Metall Siegen sowie
Mitglied der IG Metall-
Bezirkskommission NRW.



Foto: Manfred Vollmer

■ **Bertin Eichler (55)**

bisherige Tätigkeit:
Hauptkassierer der IG Metall
und zuständig für die Bereiche
Finanzen und Controlling,
Beiträge und Leistungen,
Informationssysteme, IGMET
(Immobilien-gesellschaft der IG Metall)
sowie der Feho (Vermögensver-
waltungsgesellschaft der IG Metall).



Foto: Renate Schildheuer / IG Metall

■ **Regina Görner (57)**

bisherige Tätigkeit:
geschäftsführendes Vorstands-
mitglied und zuständig für die
Bereiche Jugend, Bildungs- und
Qualifizierungspolitik,
Archiv/Dokumentation, Zentral-
bibliothek sowie den Innen-
service der Vorstandsverwaltung
in Frankfurt am Main.



Foto: Markus Kirchgessner / IG Metall

■ **Hans-Jürgen Urban (46)**

bisherige Tätigkeit:
Leiter des Funktionsbereichs
Gesellschaftspolitik/
Grundsatzfragen/Strategische
Planung beim Vorstand der
IG Metall,
zuvor bis 2003 Leiter der
Abteilung Sozialpolitik
beim Vorstand der IG Metall.



Foto: Michael Schirke

■ **Wolfgang Rhode (56)**

bisherige Tätigkeit:
geschäftsführendes Vorstandsmit-
glied und zuständig für die Bereiche
Betriebspolitik in kleinen und
mittleren Unternehmen, Holz und
Kunststoff, Textil/Bekleidung, Handwerk,
Arbeits- und Gesundheitsschutz,
Wirtschaft/ Technologie/Umwelt sowie
ausländische Arbeitnehmer.



Foto: Renate Schildheuer / IG Metall

GEWERKSCHAFTSTAG 2007

Vorstandsmitglieder wurden nominiert

Die IG Metall nominierte ihre geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Jürgen Peters verzichtete auf eine erneute Kandidatur.

Der amtierende Zweite Vorsitzende, Berthold Huber, wurde auf der Vorstandssitzung der IG Metall im September als Nachfolger für Jürgen Peters für das Amt des Ersten Vorsitzenden vorgeschlagen. Peters erklärte, dass er auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Als Zweiten Vorsitzenden schlägt der Vorstand den nordrhein-westfälischen Bezirksleiter Detlef Wetzel vor. Bertin Eichler wird erneut für das Amt des Hauptkassierers nominiert. Als weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder sollen neu hinzukommen: der bisherige Leiter des Bereichs Grundsatz, Gesellschaftspolitik und strategische Planung, Hans-Jürgen Urban und die Bezirkssekretärin Helga Schwitzer aus Hannover. Zur Wiederwahl vorgeschlagen werden für das siebenköp-



Foto: Walter Schmidt / Novum

■ **Helga Schwitzer (56)**

bisherige Tätigkeit:
Bezirkssekretärin in Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt und zuständig für
Tarifpolitik mit Schwerpunkt bei
Volkswagen und VW-Konzern-
Gesellschaften sowie
juristische Beratung mit dem
Schwerpunkt Arbeitsrecht
(speziell Tarifrecht und
Betriebsverfassungsrecht).

fige Gremium Regina Görner und Wolfgang Rhode. Die bisherigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Kirsten Rölke und Wolf-Jürgen Röder scheiden aus dem Gremium aus.

»Wir haben uns bemüht, einen Personalvorschlag zu erarbeiten, der von allen breit getragen werden kann. Unsere Pflicht ist es, der Organisation einen einenden Vorschlag zu unterbreiten, der die ganze Vielfalt der IG Metall in ihrer Führung repräsentiert. Ich denke, das ist uns gelungen. Das zeigt auch die breite Unterstützung im Vorstand«, erklärte Jürgen Peters. Die nominierten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sowie der gesamte Vorstand stellen sich auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall vom 4. bis 10. November in Leipzig zur Wahl. ■



Foto: Signum/laif

Im Südharz marschieren die Nazis auf. Metalller wollen dagegen halten.

Arbeitnehmer gegen Nazis

Beschäftigte aus 16 Betrieben demonstrieren im Südharz während der Arbeitszeit gegen Nazis. Ihre Chefs unterstützen das.

»Die rechtsextreme NPD hat den Südharz zu ihrem Aufmarschgebiet erklärt«, warnt ein Aufruf der Gewerkschaften. Und sie raten gleichzeitig was zu tun ist: »Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Südhärzer Betrieben stellen sich entschieden gegen die Rechtsextremisten.«

Die Politik hingegen hält sich vornehm zurück. Der Herzberger Bürgermeister Gerhard Walter (CDU) besuchte kürzlich sogar den Landesparteitag der NPD in Herzberg. »Ich habe prinzipiell nichts gegen die Wahlveranstaltung der NPD«, fuhr der frühere Polizist einen Reporter an, »die Gegendemonstranten machen den Stunk.« Einer Fotografin schlug er vor grinsenden Nazis auf die Kamera. So viel

Ignoranz wollen IG Metall und DGB nicht hinnehmen. Sie machen mobil. »Wenn nichts passiert, werden die Nazis in die nächste Eskalationsstufe gehen«, ahnt Manfred Zaffke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Goslar-Osterode. Und das heißt: Angriffe auf Migranten oder Gewerkschafter könnten der nächste Schritt der Rechten sein.

Insgesamt hatten sich Beschäftigte aus 16 Betrieben der Region bereit erklärt, während der Arbeitszeit zwei Stunden gegen die NPD zu demonstrieren. Ihre Arbeitgeber hatten die Aktion genehmigt. Bei Druckbeginn der **metallzeitung** war die geplante Demonstration in Lauterberg noch nicht beendet. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Regierung kontra Bevölkerung

metallzeitung lehnt Anzeige zur Rente mit 67 ab

Mit einer bundesweiten Anzeige versucht Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD), seine unsocialen Reformen nachträglich schön zu reden. Die Kampagne soll Themen wie »Rente mit 67«, »Private Altersvorsorge« oder »Kombilöhne« aufgreifen und insgesamt fünf Millionen Euro verschlingen. Knapp die Hälfte davon sind für Anzeigen zur

Rente mit 67 vorgesehen. Die IG Metall hat diese Anzeige abgelehnt und dabei auf viel Geld verzichtet. Jürgen Peters: »Die große Mehrheit der Bevölkerung weiß, dass die Rente mit 67 ein falscher Weg ist. Die Bundesregierung setzt sich erneut darüber hinweg.« Schon im Januar waren daher 300 000 Menschen auf die Straße gegangen. **fra**

Steuerreform: klassische Rollenverteilung

Die Koalition will das Steuerrecht für Ehepaare erweitern. Neben den bisherigen Steuerklassenkombinationen soll es von 2009 an zusätzlich ein »Anteilsverfahren« geben. Bei dieser Steuervariante zahlen die Ehepartner entsprechend ihres Anteils am Gesamteinkommen Steuern. Dazu müssen sie ihren Anteil auf der Steuerkarte eintragen lassen. Verdient der Ehemann beispielsweise 70 000 Euro und die Ehefrau 30 000 Euro, werden auf der einen Steuerkarte 70 und auf der anderen 30 Prozent eingetragen. Damit soll die Steuerlast gerech-

ter zwischen den Ehepartnern verteilt werden. Einen wirklichen Fortschritt sieht die IG Metall in dem Gesetzesvorhaben nicht. Das Ehegattensplitting bleibt erhalten und damit auch die Privilegien für die Alleinverdienerehe. Immerhin 27 Milliarden Euro ist dem Staat die klassische Rollenverteilung pro Jahr wert.

Gegen das Anteilsverfahren spricht auch der Datenschutz. Auf der Steuerkarte könnte der Chef sehen, was der Partner eines Beschäftigten verdient. Wissen, das bei Gehaltsverhandlungen eine Rolle spielen könnte. **fam**

Pflegereform wirft Licht und Schatten

Die Reform der Pflegeversicherung steht an. Neben der Finanzierung und der Qualität der Pflege diskutiert die Koalition über eine unbezahlte Pflegezeit, die auch in Teilzeit möglich sein soll. Geplant ist auch eine kurzzeitige, bezahlte Freistellung. Allerdings ist die Zahl der Tage noch umstritten.

Der Referentenentwurf sieht vor, den Beitrag um 0,25 Prozentpunkte anzuheben, die Leistungen unter anderem auch auf Demenzzranke auszuweiten und die Qualitätsprüfung zu verbes-

sern. Die Pflegesätze sollen bis 2012 angehoben und dann alle drei Jahre erhöht werden. Die IG Metall begrüßt die Anhebung der Sätze und ihre regelmäßige Erhöhung sowie die Verbesserungen etwa für Demenzzranke. Kritisch bleibe mittelfristig aber die solide Finanzierung. Um das finanzielle Fundament dauerhaft zu stabilisieren, schlägt die IG Metall vor, Teile der Bürgerversicherung, Steuerzuschüsse und einen Finanzausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung einzuführen. **fam**

Mehr Zeit für Pflege älterer Menschen

Beschäftigte wünschen sich freie Zeit für Pflegeaufgaben. Männer mit 16,5 Prozent sogar häufiger als Frauen.



Quelle: Befragung »Familienfreundlicher Betrieb«, Illustration: Birgit Lang

ZWÖLF-STUNDEN-SCHICHTEN

Leben findet kaum noch statt



Ein Infineon-Mitarbeiter bereitet eine mikroskopische Untersuchung vor.

Leben wir nur, um zu arbeiten? Für Tausende Beschäftigte in den Dresdener Chipfabriken ist das so. Sie arbeiten in Zwölf-Stunden-Schichten. Ein Privatleben findet kaum noch statt.

Zehn bis zwölf hoch automatisierte Anlagen betreut eine Arbeitskraft pro Schicht. »Dabei musst du ständig hoch konzentriert sein«, erklärt Christine, Vertrauensfrau bei Infineon. Wann sie Pausen machen dürfen, bestimmt der Produktionsablauf. »Wir sehen auf einem Monitor, wann wir dran sind.« Alles ist geregelt, aber ohne Tarifvertrag, ärgert sie sich.

Die Zwölf-Stunden-Schichten, mit denen 1900 Euro brutto im Monat zu verdienen sind, machen die Menschen und ihre Beziehungen kaputt. Die freien Tage zwischen den Schichtblöcken reichen den Belegschaften mit einem Durchschnittsalter von 37 bis 39 Jahren kaum, sich von dem Stress zu erholen.

Viele Paare aus den Chipfabriken sehen sich kaum, verkehren nur noch über Zettel, kümmern sich abwechselnd um ihre Kinder. Familienleben? Oder gar Freundschaften pflegen? Genießen, was die Weltkulturstadt Dresden bietet? Das ist alles Luxus. »An den Standorten Regensburg und München sind

Zwölf-Stunden-Schichten kein Thema«, sagt Betriebsrätin Kerstin Schulzendorf. Zwölf-Stunden-Schichten sind also ganz klar ein übles Phänomen im Osten Deutschlands.

Ginge es nach der IG Metall, hätte sich dieses Arbeitszeitregime in Dresden gar nicht durchgesetzt. Doch den Metaltern fehlten 2006 ganze 150 Stimmen für die Mehrheit im Betriebsrat. Sie werden konstant von der AUB und anderen Gruppen überstimmt. Fragt sich, warum sich so viele Beschäftigte die Monsterschichten gefallen lassen. »In einer Region mit real 30 Prozent Arbeitslosigkeit ist das Erpressungspotenzial hoch, und viele Arbeitgeber nutzen das aus«, sagt der IG Metall-Bevollmächtigte Willi Eisele.

Viele Menschen seien zermürbt von der jahrelangen Sorge um ihre Existenz. Zudem haben immer mehr Angst, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. »Genau an diesem Punkt geben wir nicht auf. Denn besser wird es nur, wenn viele etwas ändern wollen«, sagt Eisele. ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

»Bundeswehr raus aus Afghanistan« – Friedensdemo gegen Einsatz

Die Friedensbewegung hatte am 15. September zur Demonstration nach Berlin gerufen. 10 000 Menschen forderten einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Anzeige

Mehr als 10 000 Menschen folgten am 15. September dem bundesweiten Aufruf »Frieden für Afghanistan – Bundeswehr raus« und kamen nach Berlin.

Anlass ist der umstrittene Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Demnächst wird im Bundestag darüber entschieden, ob er fortgesetzt wird. Nach einer aktuellen Umfrage von Infratest-Dimap lehnen 64 Prozent der Bundesbürger diesen Einsatz ab –

auch weil immer klarer wird, dass Soldaten keine Entwicklungshelfer sind. Peter Strutynski, Chef des Friedensratschlages meint: »Hilfe kommt allein von zivilen Maßnahmen, die heute schon erfolgreich in Gegenden durchgeführt werden, wo sich keine Besatzungstruppen befinden.« Der Wiederaufbau Afghanistans könne erst dann richtig beginnen, wenn die Besatzungstruppen das Land verlassen würden. **cpe**

Kfz: 40-Stunden-Woche?

Viele Kfz-Arbeitgeber wollen die Tarifbindung kündigen. Sie haben aber die Kampfbereitschaft in den Betrieben unterschätzt.

Viele Betriebe im Kfz-Handwerk stellen sich auf Auseinandersetzungen ein. Im nächsten Jahr wird ein Großangriff auf die Tarifverträge erwartet. Denn der Arbeitgeberverband ZDK pocht auf die Einführung der 40-Stunden-Woche. Den Landesinnungsverbänden hat er empfohlen, aus dem Flächentarifvertrag auszusteigen.

Die Kfz-Beschäftigten sehen das mit Grausen. Wie bei S&G Automobil AG in Offenburg. Das Autohaus war bereits einmal aus dem Flächentarifsystem ausgestiegen und hatte sich damit große Probleme eingehandelt. Mit Mühe hatten Betriebsrat und Belegschaft wieder den Abschluss eines Ergänzungstarifvertrags erreicht. »Und jetzt geht das Theater wie-

der von vorne los«, sagt Betriebsratsvorsitzende Sigrun Dietze. Nach Einschätzung der IG Metall steht die Kündigung der Tarifverträge in Baden-Württemberg kurz bevor.

Dietze sieht sich für weitere Auseinandersetzungen gewappnet. Schließlich liegt der Organisationsgrad in ihrem Betrieb bei 80 Prozent. »Je mehr wir sind, umso besser können wir die Arbeitgeber unter Druck setzen.« Überall laufen jetzt die Vorbereitungen für betriebliche Aktionen. Auf der Bundeskonferenz der IG Metall unter dem Motto »Aufstehen für den Flächentarifvertrag« haben die Tarifkommissionen ihre Strategie abgestimmt. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de



Foto: Christoph Breithaupt

Betriebsrätin Sigrun Dietze in der Werkstatt bei der S&G Automobil AG.

Löhne drücken ist »marktüblich«

Ferienarbeiter sollen bei Schaeffler weniger erhalten als Tarif

»Marktüblich« – mit dieser Begründung will der Weltkonzern Schaeffler Ferienarbeitern nur noch 9,50 Euro die Stunde zahlen statt wie bisher Tariflohn. Für die rund 500 Studenten würde das heißen, dass sie zum Teil über 400 Euro weniger im Monat verdienen. »Mit dem Argument »marktüblich« könnten künftig auch Staplerfahrer und Buchhalter aus dem Metalltarif herausgenommen werden«, kritisiert Werner Neugebauer, IG Metall-Bezirksleiter in München. Viele Studenten sind schon in die IG Metall eingetreten, um ihre Tariflöhne zu retten. Weil die Betriebsräte bei dem Lohndrück-Manöver nicht mitspielen, will Schaeffler die Ferienarbeiter jetzt über Zeitarbeitsfirmen einstellen. Bei Leiharbeitern führt der Wälzlager-Konzern schon vor, was er sich unter »marktüblich« vorstellt. Sie bekommen zum Teil noch weniger als sieben Euro die Stunde. **syk**



Foto: Image Source

Europa ist noch immer nicht für alle grenzenlos

Zwischen den alten und neuen EU-Ländern herrscht eine unsichtbare Hürde. Nicht jeder kann arbeiten wo er will.

Die Freizügigkeit stellt eine der Grundfreiheiten im Binnenmarkt der Europäischen Union dar. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit soll den abhängig Beschäftigten die Möglichkeit der Wahl ihres Arbeitsplatzes im gesamten Gemeinschaftsgebiet ermöglichen. Auf dem Arbeitsmarkt der 27 EU-Mitgliedsländer gelten bisher sehr unterschiedliche Beschränkungen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern.

Innerhalb der 15 Länder, die bis 2004 bereits EU-Mitgliedsstaaten waren, kann man reisen und arbeiten soviel man lustig ist. Wenn der deutsche Gerüstbauer etwa bei einer französischen Firma anfangen will, ist das kein Problem. Schwierig wird es dann, wenn ein Pole in Deutschland dauerhaft arbeiten will. Polen gehört zu den zwölf neuen EU-Ländern, die 2004

und später der Europäischen Gemeinschaft beigetreten sind. Für sie gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht.

Eine Ausnahme sind Sonderkontingente etwa für Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, die für drei Monate hier eingesetzt werden dürfen. Spätestens nach dem 31. Dezember 2013 müssen jedoch alle diese Beschränkungen fallen. Manche Länder wie Großbritannien und Schweden haben ihren Arbeitsmarkt bereits jetzt weitgehend geöffnet. Schweden hat etwa polnische Ärzte gezielt angeworben, um den Engpass im eigenen Land zu beseitigen. Die alten EU-Länder wählen Zuwanderer anhand ökonomischer Kriterien aus. Gegen unerwünschte Migranten schotten sie sich ab. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Einschränkungen für die Länder Ostmitteleuropas

Im Jahr 2004 traten die zehn Länder Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Lettland, Litauen, Estland, Malta und der griechische Teil Zyperns der EU bei. Die Arbeitnehmer aus Malta und Zypern genießen bereits uneingeschränkte Freizügigkeit. Für die übrigen acht Länder sowie Rumänien und Bulgarien gelten Übergangsbestimmungen. In Deutschland dürfen Menschen aus diesen Ländern nur dann beschäftigt werden, wenn es keine geeigneten Kandidaten aus den 15 alten EU-Ländern gibt.

Anruf vom Personalchef

Da staunte André Arenz von der IG Metall in Olpe nicht schlecht: Am anderen Ende der Telefonleitung war Personalchef Weber des Automobilzulieferers Mauro Automobile. Seine Bitte: Helft uns bei der Gründung eines Betriebsrat. André Arenz freute sich und tat nichts lieber. Die Idee der Mauro-Chefs: Mit einem Betriebsrat verbessert sich das Betriebsklima und auch Arbeitsabläufe lassen sich besser koordinieren. Gesagt, getan, die Verwaltungsstelle Olpe half. Und nun gibt es bei Mauro den Betriebsratsvorsitzenden Thomas Riedel und seinen Stellvertreter Stefan Braun. Glückwunsch! Ein Beispiel, das Schule machen könnte.

Recht auf Ausbildung

Auch in diesem Jahr sind wieder tausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Eine Petition, eingebracht von Landesschülervertretungen, fordert nun in einer Petition an den Deutschen Bundestag, einen Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung im Grundgesetz zu verankern. Die IG Metall-Jugend unterstützt die Petition und ruft auf, sie zu unterzeichnen. Das ist auf den Internetseiten des Deutschen Bundestages noch bis 10. Oktober möglich. Der Link unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Menschenwürdige Arbeit

Der Dialog zwischen Kirche und Gewerkschaften soll enger werden. Deshalb hat sich eine Initiative von DGB und der Deutschen Kommission Justitia et Pax gegründet, die für menschenwürdige Arbeit und fundamentale Rechte eintritt. Die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) ist eine Art »Runder Tisch« katholischer Organisationen, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche in Deutschland tätig sind. Die Initiative des DGB und der Kommission fordert weltweit gute und sichere Arbeitsplätze. Die komplette Erklärung unter:

► www.justitia-et-pax.de

INTERVIEW

Gute Beratungsangebote für unsere Mitglieder

Die neue Servicegesellschaft der IG Metall ist gestartet. Sie bietet den Mitgliedern attraktive Angebote. **metallzeitung** sprach mit Bertin Eichler, Hauptkassierer der IG Metall, über die ersten Erfahrungen, über Datenschutz und neue Projekte der Servicegesellschaft.

metallzeitung: Kollege Eichler, die neue Servicegesellschaft für Mitglieder der IG Metall hat nun ihre Tätigkeit aufgenommen und die ersten Angebote bundesweit den Mitgliedern unterbreitet, wie sind Eure ersten Erfahrungen?

Bertin Eichler: Wir sind mit drei Angeboten gestartet und zwar mit unserem Highlight, dem kostenlosen »MetallGiro«-Konto, mit EC- und MasterCard ohne Mindestumsatz und mit besonders günstigen Konditionen. Weiter mit dem Mobilfunkangebot von Blau.de mit besonderem Aufladebonus für IGM-Mitglieder, ohne Vertragsbindung und ohne Mindestumsatz. Und dann haben wir das Angebot der KarstadtQuelle-Versicherungen über eine »Zahnzusatzversicherung« mit besonderem IGM-Rabatt, unseren Mitgliedern nach Hause geschickt.

metallzeitung: Dieser Brief hat zu vielen Fragen geführt.

Eichler: Einige Mitglieder haben vermutet, dass Ihre Daten ohne ihr Wissen an KarstadtQuelle weitergegeben wurden. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Briefe wurden von unserem Logistikpartner Mediamak beschriftet

und versandt. Mit Mediamak haben wir außerdem eine Datenschutzvereinbarung. Das heißt: KarstadtQuelle bekommt erst dann Daten, wenn ein Mitglied einen Vertrag abschließt. Und die Daten bekommt KarstadtQuelle

dann vom Mitglied selbst. Das Vorgehen haben wir übrigens mit dem Datenschutzbeauftragten der IG Metall abgestimmt. Wir wissen schließlich aus Erfahrung, wie sensibel dieses Thema für unsere Mitglieder ist.



Foto: Renate Schildheuer / IG Metall

Bertin Eichler freut sich über gute Angebote für Mitglieder.

Datenschutz bei der Servicegesellschaft und der IG Metall

Die IG Metall-Servicegesellschaft ist unseren Mitgliedern gegenüber verpflichtet, einen strengen Maßstab an die Qualität und den organisatorischen Ablauf ihrer Angebote anzulegen. Es wird, nur nach eingehender Prüfung und zusätzlichem Abschluss eines individuellen Datenschutz-Schutzvertrages, die Zustimmung zur Nutzung, der durch das Angebot entstehenden Personendaten, gegeben. Diese Personeninformationen werden direkt vom Interessierten an die jeweilige Firma persönlich geschickt. Hierfür haben wir den bestmöglichen Schutz vereinbart. Die Datennutzung für Infobriefe oder Werbung verlassen den Organisationsbereich der IG Metall nicht. Sie gelangen **nicht** zu den jeweiligen Vertragspartnern der IG Service GmbH.

Bei nichtgewünschter Werbung bieten wir zusätzlich die Möglichkeit in eine »Robinsonliste« aufgenommen zu werden, damit keine weitere Werbung verschickt wird. Rückfragen an Michael Semenow, Telefon: 069-900-21-76-0, E-Mail: michael.semenow@igmservice.de. Weitere Infos unter: ► www.igmservice.de

metallzeitung: Wie haben denn unsere Mitglieder bisher auf die Angebote reagiert?

Eichler: Im Moment erleben wir Zuspruch und Kritik. Ich halte das für normal, 2,3 Millionen Mitglieder, da gibt es viele verschiedene Meinungen. Daher betrachten wir ganz intensiv, wie die Produkte ankommen. Aber jetzt zu den Fakten: Die Kontoaktion ist angelaufen, wir sind hier nicht von schnellen Erfolgen ausgegangen. Das Handy scheint attraktiv zu sein. Die Zahnzusatzversicherung wird sehr gut angenommen. In den ersten zehn Tagen gab es bereits über 10 000 Mitglieder, die das Angebot haben wollten. Der größte Zuspruch kommt hier aus NRW mit weit über 2500 abgeschlossenen Verträgen.

metallzeitung: Was passiert eigentlich mit den Mitgliedern, die bereits diese Versicherung zum Normaltarif haben?

Eichler: Interessant ist, dass 50 000 Metaller bereits vor unserer Aktion die Versicherung abgeschlossen hatten. Uns hat das sehr überrascht. Daher haben wir vereinbart, dass sie ihren bisherigen Tarif auf den besseren Metalltarif umstellen können. Dazu müssen sie sich nur noch bei der Servicegesellschaft melden.

metallzeitung: Was sind die nächsten Projekte?

Eichler: Wir wissen, dass Beratungsangebote schon immer wichtig für unsere Mitglieder sind, also Dinge, die eng am Geldbeutel sind. Daher verhandeln wir derzeit über Lohnsteuer oder Mieterberatungsangebote bundesweit für Metallerrinnen und Metaller. Daneben versuchen wir ein Angebot für Ökostrom zu entwickeln. Bei allem, was die Servicegesellschaft letztlich bietet, ist wichtig: Alles, was kommt, muss durch den Beirat der Servicegesellschaft abgestimmt sein. Im Beirat sind ganz bewusst auch betriebliche Kolleginnen und Kollegen. So wollen wir gewährleisten, dass die Gesellschaft gute Angebote für die Mitglieder anbietet. ■

»Gute Arbeit« ist Mangelware

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat einen Index zur Arbeitszufriedenheit ermittelt. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Nur zwölf Prozent der Arbeitsplätze werden als gut bewertet.

Wäre der DGB-Index ein Zeugnis, so müssten viele Arbeitgeber um ihre Versetzung bangen. Denn das Ergebnis ist mangelhaft. Jeder dritte Arbeitnehmer bewertet seine Arbeit als schlecht, und jeder zweite gerade mal als mittelmäßig. Nur zwölf Prozent der Befragten finden ihre Arbeit rundum gut.

Für den Index hatte der DGB 6000 Beschäftigte aus verschiedenen Branchen und Hierarchiestufen befragen lassen. Die Untersuchung ist damit repräsentativ. Künftig soll der Index jährlich erstellt werden, um Vergleichsdaten zu haben.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, nannte das Ergebnis ein Armutszeugnis für eine der führenden Industrienationen. »Die IG Metall wird den DGB-Index nutzen, um der Qualität der Arbeit in den Betrieben mehr Rückenwind zu geben.«

Besonders schlecht bewerten Hilfsarbeiter und Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen ihre Arbeit. Nur zwei Prozent der Leiharbeiter finden ihre Arbeit gut, mehr als die Hälfte bewertete sie als schlecht. Bei den Hilfsarbeitern lag der Anteil der unzufriedenen Befragten sogar bei 61 Prozent. Ihr Alltag ist häufig geprägt von körperlich schwerer Arbeit, Arbeits- und Zeitdruck.



Auch Beschäftigte der Metallbranche stellten ihren Arbeitgebern kein gutes Zeugnis aus. Jeder zweite Maschinist sowie Metall- und Maschinenbauer bewertete seine Arbeit schlecht.

Als ernüchternd bezeichnete DGB-Vorsitzender Michael Sommer auch die Ergebnisse zur »zukünftigen Arbeitsfähigkeit«. Nur jeder zweite Beschäf-

tigte geht davon aus, dass er seine Tätigkeit unter den jetzigen Bedingungen bis zur Rente ausüben kann. Dabei hängt auch das von der Zufriedenheit mit der Arbeit ab. Rund 73 Prozent der Befragten mit guter Arbeit gingen davon aus, bis zum Rentenalter durchzuhalten, aber nur 27 Prozent der Befragten mit schlechter Arbeit. »Dieses Ergebnis bestärkt uns, den Kampf gegen die Rente mit 67 weiterzuführen«, sagte Sommer. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Auf dem Mutterkreuzzug

Eva Herman hat ein neues Kapitel geschrieben in der Reihe: »Wir sind keine Nazis, aber beim Führer war nicht alles schlecht.« Wer jetzt an die Autobahnen denkt, liegt in der Regel nicht schlecht, aber bei Eva Herman natürlich falsch. Die Ein-Kind-Versorgerin, die vor ein paar Jahren von der Karrierefrau zur missionarischen Mutter konvertierte, soll des Führers Familienpolitik gelobt haben. Ja damals, soll sie geschwärmt haben, damals wurde die Mutter noch wertgeschätzt. Dass das nur für die Blonden und Blauäugigen galt – mit solchen hässlichen Details kann sich Eva Herman nicht aufhalten. Sie befindet

sich schließlich gerade auf einem Mutterkreuzzug. Jetzt fühlt sie sich natürlich missverstanden und weiß gar nicht, wer sie in die rechte Ecke gestellt hat. Wenigstens darüber kann Herman nun lange nachdenken. Der Norddeutsche Rundfunk hat sie zwar nicht in die Wüste, aber immerhin nach Hause geschickt. Vielleicht kommt ihr ja am heimischen Herd die Erleuchtung. Vielleicht schnäuzt sie sich eines Tages in ihre Kittelschürze und seufzt in die Kartoffelschalen: Es war doch nicht alles schlecht, damals als erfolgreiche Fernsehmoderatorin.



Foto: Thomas Schulze / dpa / pa

LEIHARBEIT SPALTET DIE BELEGSCHAFT

Beschäftigte zwischen Angst und Wut

Michael Becker, (31), Mechatroniker, Leiharbeiter bei einem niederrheinischen Maschinenhersteller*

Große Pläne für die Zukunft macht Michael Becker nicht. Als Leiharbeiter weiß er schließlich nie, wo er in ein paar Monaten landet. Nur eins steht für den jungen Mann fest: Leiharbeit noch bis zur Rente? So kann die Zukunft nicht aussehen.

»In meiner Abteilung fühle ich mich nicht als Arbeiter zweiter Klasse. Die Kollegen sind in Ordnung. Aber ich habe das auch schon anders erlebt, in meiner früheren Firma etwa. Wenn da etwas schief ging, waren immer die Leiharbeiter schuld. Es gibt aber auch hier Abteilungen, in denen es anders läuft. Wo Leiharbeiter eben immer die schlechteren Jobs kriegen, und am Ende immer fegen müssen.

Am Monatsende merke ich immer, dass ich nur Leiharbeiter bin. Immer, wenn ich auf meine Abrechnung sehe. Ich kann keine großen Sprünge machen. Ein Haus kaufen oder Geld fürs Alter zurücklegen, das ist nicht drin. Als Leiharbeiter kann ich nicht lange planen. Ich weiß ja nie, was in ein paar Monaten ist. Und das Geld ist immer knapp. Ich habe schon ein paar Mal bei meiner Verleihfirma nachgefragt, ob ich nicht mehr bekommen kann. Ich meine, ich will doch nicht viel. Vielleicht 50 Cent mehr pro Stunde. Aber da heißt es immer gleich: »Es gibt noch andere, die den Job wollen.« Leiharbeit ist keine Perspektive, das ist reine Abzocke der Unternehmen.

Natürlich arbeite ich oft länger, um etwas mehr zu verdienen. Aber es bringt nicht viel, weil ich ja erst einmal mein Zeitkonto auffüllen muss. Bevor ich die erste Stunde zusätzlich bezahlt bekomme, muss ich 150 Überstunden ansammeln. Mit diesem Zeitbudget kann mich mein Arbeitgeber jederzeit nach Hause schicken, wenn er nichts für mich hat. Ich muss dann frei machen – ob mir das passt, oder ob ich vielleicht lieber an anderen Tagen frei nehmen würde, spielt keine Rolle. Das ist schon ein bisschen wie moderne Sklaverei.

Fortsetzung auf Seite 12 >

Wolfgang Groß und Michael Becker sollen unerkannt bleiben. Als ihr Arbeitgeber erfuhr, dass sie mit der metallzeitung sprachen, drohte er mit Konsequenzen.





Mit Leiharbeit können Unternehmen gut leben. Der Arbeitnehmer als verfügbare Ware, die nach Bedarf angefordert und wieder abbestellt werden kann – das verkleinert das unternehmerische Risiko. Die meisten Arbeitgeber scheren sich nicht um die miserablen Bedingungen, unter denen ihre Leiharbeiter zum Teil arbeiten. Nur in der Öffentlichkeit stehen Firmen mit diesen Praktiken offenbar nicht gerne. Als der Arbeitgeber von Wolfgang Groß und Michael Becker erfuhr, dass sie mit der **metallzeitung** über Leiharbeit in ihrem Betrieb gesprochen hatten, machte er Druck. Er drohte dem Betriebsrat Ärger an, sollte der Name seiner Firma irgendwo mit dem Thema Leiharbeit in der Zeitung stehen. Er schimpfte, er werde sich nicht als Ausbeuter darstellen lassen. Dabei hatten die beiden nur erzählt, was sie täglich erleben. Sie wollten dazu auch mit ihrem Namen und ihrem Gesicht in der Zeitung stehen. Doch nachdem ihr Arbeitgeber mit Konsequenzen gedroht hatte, änderte die Redaktion – um sie zu schützen – die Namen. Wolfgang Groß und Michael Becker heißen in Wirklichkeit anders.

Wolfgang Groß (54), Zerspanungsmechaniker bei einem niederrheinischen Maschinenhersteller*

Eigentlich ist Wolfgang Groß auf der sicheren Seite – Groß gehört zur Stammebelegschaft. Dennoch packt ihn beim Thema Leiharbeit die Wut, auch weil er an seine ehemaligen Kollegen denkt, die jetzt auf der Straße stehen.

»Für uns von der Stammebelegschaft sind die Leiharbeiter eine zusätzliche Belastung. Wir müssen ja ständig neue Kollegen anlernen. In unserem Betrieb arbeiten zurzeit 170 Leiharbeiter. Aber wir haben im letzten Jahr mindestens doppelt so viele hier durchgeschleust. Es gibt Gruppen mit enorm langen Anlernzeiten. Die haben ganz schön zu knabbern.

Ich selber bin kaum noch in der Fertigung, ich muss mich ständig kümmern. Morgens muss ich erst mal für alle die Maschinen anfahren, und ich muss immer wieder Teile prüfen. In meiner Gruppe arbeiten etwa 20 Leute. Davon gehören nur noch acht zur Stammebelegschaft. Der Rest sind Leiharbeiter. Früher waren höchstens zwei oder drei in einer Gruppe. Da stimmt einfach das Verhältnis nicht mehr. Bei uns in der Fertigung braucht man einfach eine gewisse Erfahrung. Das läuft nur rund, wenn man ein eingespieltes Team an Facharbeitern hat.

Aber für sechs Euro die Stunde kriegt man eben keine Fachleute. Wir haben viele fachfremde Kollegen, einen Zahntechniker, Leute vom Bau. Manche können auch kein Deutsch, das macht die Arbeit natürlich noch schwieriger. Und die Kluft zwischen Stammebelegschaft und Leiharbeitern wird größer. Für uns vom Stamm wird mehr geboten. Wir können uns weiterbilden. Das gibt es für die Leiharbeiter nicht.

Manchmal mangelt es an Motivation, aber ich mache den Leuten gar keinen Vorwurf. Wenn Leiharbeiter keine Perspektive sehen, wozu sollen sie sich dann ein Bein ausreißen? Bei uns gibt es zum Beispiel Qualitätsprämien, die kriegen die Leiharbeiter nicht. Manche achten dann nicht so auf die Qualität. Bei der Gruppenarbeit kommt es aber auf alle an. Da steckt natürlich Konfliktpotenzial drin.

Für uns wäre vieles einfacher, wenn die Leiharbeiter mehr verdienen würden. Die Jungs müssen hier richtig Stunden machen, und am Ende kommt nichts dabei herum. Wenn das Unternehmen es sich schon so einfach macht, seine Produktionsspitzen abzudecken, dann

Fortsetzung auf Seite 13 >

** Namen von der Redaktion geändert*

Fortsetzung von Seite 10 >

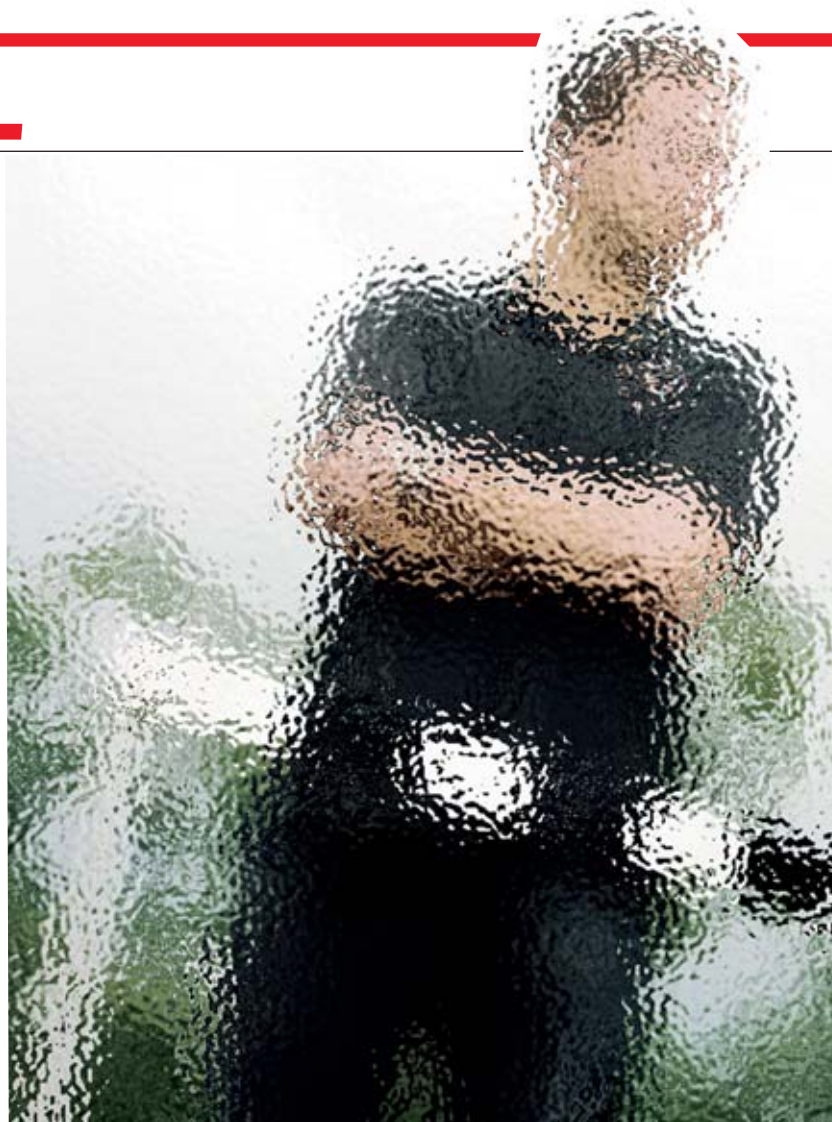
Manchmal ärgere ich mich auch, wenn andere weniger arbeiten als ich, aber mehr verdienen. Da frage ich mich schon, was ich eigentlich falsch gemacht habe. Wir Leiharbeiter bekommen auch keine Qualitätsprämie wie die Kollegen vom Stamm. Dabei haben wir auch unseren Teil dazu beigetragen. Oder wenn Leiharbeiter ohne Ausbildung nur 50 Cent pro Stunde weniger bekommen als ich, weiß ich nicht mehr, wozu ich eigentlich meine Ausbildung gemacht habe. Das motiviert natürlich nicht besonders, sich viele Gedanken über die Arbeit zu machen. Und außerdem weiß man ja auch: Irgendwann bin ich sowieso wieder hier weg.

Seit zwei Jahren arbeite ich jetzt in dieser Firma als Leiharbeiter. Aber eine Chance auf eine Festanstellung sehe ich nicht. Ich habe mich schon zweimal auf freie Stellen beworben, aber jedes Mal stellten sie einen anderen ein. Natürlich hoffe ich immer noch auf die Lücke, in die ich hier irgendwann einmal reinrutschen kann. Aber nach zwei Absagen bin ich nicht mehr so optimistisch. Ich bewerbe mich auch bei anderen Firmen. Aber die meisten suchen Mechatroniker mit Führerschein. Ich habe keinen Führerschein und verdiene nicht genug, um dafür zu sparen.

Es gibt hier Kollegen, die arbeiten seit 20 Jahren in der Firma. Da denke ich oft, das werde ich wohl nicht mehr erleben. Auf der anderen Seite: Ich habe noch 35 Jahre vor mir bis zur Rente. Noch 35 Jahre als Leiharbeiter? Nee, das kann nicht die Zukunft sein. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Infos gibt es im Internet. Auf den Seiten der IG Metall findet ihr den »Sozialreport Leiharbeit« der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen. Das IG Metall-Leiharbeiternetz Zoom informiert über Tarife, Urteile und aktuelle Diskussionen. ► www.igmetall.de/metallzeitung
► www.igmetall-zoom.de



Fotos[M]: Frank Rumpenhorst

IG Metall packt Leiharbeit an

In vielen Betrieben ist die Leiharbeit auf dem Vormarsch. Doch nicht immer um jeden Preis. Gemeinsam mit Betriebsräten kämpft die IG Metall dafür, dass auch Leiharbeiter vernünftig bezahlt werden.

Bezirk Baden-Württemberg

Vor allem in den großen Betrieben steht das Thema Leiharbeit schon länger auf der Tagesordnung. Bei Audi und DaimlerChrysler gibt es bereits Regelungen. Aber oft sind die Bedingungen für Leiharbeit in den Betrieben noch nicht geregelt. Damit die Betriebsräte ihre Mitbestimmungsrechte auch kennen und ausschöpfen können, wird im Bezirk Baden-Württemberg derzeit eine Handlungshilfe für sie erarbeitet. »Wir wollen das Thema in den kommenden Monaten vorantreiben und haben es deshalb ganz oben auf die Agenda des Bezirks gesetzt«, sagt Kai Bliesener, der Sprecher der IG Metall im Südwesten.

Bezirk Bayern

Eine bezirkliche Arbeitsgruppe hat die Arbeit aufgenommen. Bei Konferenzen und in den Betrieben ist Leiharbeit zentrales Thema bei Versammlungen. In die Schlagzeilen kam insbesondere der Tarifvertrag bei Audi Ingolstadt, der Leiharbeitnehmern die Bezahlung nach Metalltarif sichert. Zudem ist die Quote der Leiharbeit auf fünf Prozent begrenzt. Auch bei INA Schaeffler in Schweinfurt wird schon seit längerem Leiharbeitnehmern Metalltarif gezahlt. Bei Bosch in Bamberg ist Leiharbeit komplett durch befristete Beschäftigung zu regulären Bedingungen ersetzt worden.

Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen

In zahlreichen Seminaren, Versammlungen und Workshops ist Leiharbeit seit Monaten das Thema. Viel Energie wird für Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet. Der »Sozialreport Zeitarbeit« ging vor ein paar Monaten durch die Presse. Daneben laufen betriebliche Kampagnen und öffentliche Skandalisierung der Ungleichbehandlung. So erreichte die IG Metall bei BMW in Leipzig, dass die Leiharbeitnehmer mehr Geld bekommen. Beim Autozulieferer Faurecia werden die Leiharbeiter den Stammkräften durch Tarifvertrag gleichgestellt. Viele sollen fest eingestellt werden. Der Bezirk unterhält ein Servicebüro für Leiharbeiter, das Kontakte vor Ort zur Lösung der Probleme aufbaut. Parallel laufen Mitgliederwerbeaktionen. Seit Jahresbeginn sind über 400 Leiharbeitnehmer der IG Metall beigetreten. Lohndumping durch Leiharbeit soll auch durch neue Zeitarbeitsbeauftragte in den Betrieben verhindert werden.

Bezirk Frankfurt

Der Bezirk startet gerade ein Leiharbeit-Projekt. Ein Ziel ist es, Kompetenzen zur Betreuung von Leiharbeitnehmern und Verantwortlichkeiten aufzubauen. Daneben gibt es Projekte in ausgewählten Betrieben, wo man Leiharbeit eindämmen und regulieren will. Bei Daimler-Chrysler in Wörth ist dies bereits gelungen. Leiharbeit und Befristung sind auf je vier Prozent begrenzt. Die Leiharbeitnehmer kommen ausschließlich von der gemeinnützigen Verleihfirma Gabis. Sie erhalten gleiche Bezahlung und werden mindestens sechs Monate beschäftigt. Bei Ford in Saarlouis werden Leiharbeitnehmer nach



Fortsetzung von Seite 11 >

soll es die Leute vernünftig bezahlen. Dann bekämen wir auch mehr Facharbeiter. Aber ich sehe die Verantwortung nicht nur bei den Unternehmen. Der Gesetzgeber hat es ihnen zu einfach gemacht, er hat die Arbeitgeber ja geradezu eingeladen. Da steckt eine gewisse Gefahr drin. Wenn es so einfach ist, stellen Arbeitgeber vielleicht irgendwann ganz auf Leiharbeit um. Wenn ich daran denke, wie viele meiner ehemaligen Kollegen auf der Straße stehen oder nur als Leiharbeiter wieder in die Firma kommen – da packt einen schon die Wut. Wir haben seit Jahren Arbeit ohne Ende, und es werden keine Leute eingestellt.

Natürlich denke ich auch daran, dass mich das Schicksal der Leiharbeitskollegen einmal selber treffen könnte. Ich bin 54, wenn ich heute arbeitslos würde, hätte ich wahrscheinlich keine Wahl. Dann bliebe mir nur noch die Leiharbeit.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

TELEFONAKTION

Fragen zur Leiharbeit?

Haben Leiharbeiter Anspruch auf Urlaub? Sind längere Arbeitszeiten zulässig? Was kann der Betriebsrat für die ausgeliehenen Kollegen tun? Wenn ihr Fragen zur Leiharbeit habt, ruft an. **metallzeitung** bietet am 5. Oktober von 12 bis 16 Uhr eine Telefonaktion zu diesem Thema unter der kostenlosen Nummer

0800 – 4 46 63 97

Fachleute aus Bezirksleitungen, Verwaltungsstellen und dem Vorstand der IG Metall beantworten eure Fragen.

Metalltarif bezahlt. Auch die Politik wird bearbeitet. In Rheinland-Pfalz und Hessen sollen Tariftreuegesetze kommen, nach denen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die Tarife einhalten.

Bezirk Küste

Beim Flugzeugbauer Airbus hat der Betriebsrat das Problem schon vor vier Jahren angepackt. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen ab dem vierten Monat bei Airbus dasselbe wie die Festangestellten. Das regeln eine Vereinbarung und der Equal-Pay-Tarifvertrag, die Gesamtbetriebsrat und IG Metall mit der Geschäftsleitung abgeschlossen haben. Trotz des frühen Starts bei Airbus gibt es noch viel zu tun. Deshalb will die IG Metall an der Küste verstärkt mit dem Thema Leiharbeit in die Betriebe gehen. Denn das Problem muss dort angepackt werden.

Bezirk Niedersachsen-Sachsen-Anhalt

Der Trend ist auch hier eindeutig: Die Zahl der Leiharbeiter steigt. Doch ihre genaue Zahl kennt niemand. Deshalb läuft im Bezirk zurzeit im Rahmen des Projekts Leiharbeit eine Umfrage in den Betrieben. Darin werden sie sowohl nach der Zahl ihrer Leiharbeiter als auch nach möglichen Regelungen befragt. In einzelnen Verwaltungsstellen und Betrieben gibt es bereits Vereinbarungen, die den Einsatz von Leiharbeitern regeln. Mit dem Projekt will die Bezirksleitung Leiharbeit besonders dort zum Thema machen, wo die Verleihung von Arbeitskräften große Ausmaße angenommen hat. Ziel ist es, die

Bedingungen von Leiharbeitsbeschäftigten zu verbessern. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit steht dabei im Vordergrund. Zudem will der Bezirk Niedersachsen-Sachsen-Anhalt eine bessere Betreuung der entliehenen Beschäftigten durch die Betriebsräte der Entleihfirmen ermöglichen.

Bezirk Nordrhein-Westfalen

»Gleiche Arbeit – Gleiches Geld« ist das Ziel im Bezirk. Seit April nehmen die IG Metall und Betriebsräte in bislang 47 Betrieben den Konflikt auf, weil Unternehmen reguläre Beschäftigung durch Leiharbeit ersetzen, weil die Leiharbeitnehmer schlechter bezahlt und zu schlechteren Bedingungen beschäftigt werden. In den Aktionsbetrieben werden die Leiharbeitnehmer zu ihren Einsatzbedingungen befragt. Die Missstände werden zum betrieblichen und öffentlichen Konfliktpunkt gemacht. In 23 Betrieben gibt es Vereinbarungen, die Leiharbeit begrenzen und Leiharbeitnehmer gleich stellen. Die gravierendsten Missstände hat die IG Metall in neun Anklagepunkten zusammengefasst. Leiharbeitnehmer verdienen bis zu 50 Prozent weniger. Manche sind 152 Stunden im Einsatz, werden aber nur für 110 Stunden unter Vertrag genommen und bezahlt. Damit machen sich Einsatzbetriebe und Zeitarbeitsunternehmen von jeglicher Verantwortung für Zeiten ohne Auslastung frei. Zu 50 Prozent sind Lohnabrechnungen unverständlich oder falsch. Bereits mehr als 800 Leiharbeitnehmer sind seit dem Aktionsstart Mitglied der IG Metall geworden. ■

Dirk.Erb@igmetall.de/Fabienne.Melzer@igmetall.de

BIKE-SYSTEMS-BESCHÄFTIGTE BESETZEN IHRE FABRIK

»Wir sind kein Heuschreckenfutter«

Seit Juli kontrollieren die 135 Fahrradbauer von Bike-Systems ihr abgeschaltetes Werk in Nordhausen. Sie wollen wieder Fahrräder bauen und suchen Investoren. Während der derzeitige Besitzer, eine Tochter der berühmten Investmentgesellschaft Lonestar, tobt, spielen die Posten Dart oder Doppelkopf.

Auf dem Hof des besetzten Bike-Systems-Werk, direkt vor den Belegschaftsposten, spielt Geschäftsführer Frederick P. Müller mal wieder Rumpelstilzchen. Seine Arme wirbeln drohend durch die Luft, das Gesicht ist vor Zorn entstellt. »Was soll der Scheiß«, blafft er einen Reporter an, »ich sage nichts, ich darf nichts sagen.« Die Wachposten schütteln nur den Kopf, von der Straße hupen Autos aus Solidarität. Auf einem Transparent am Zaun steht: »Wir sind kein Heuschreckenfutter.«

Nein, es läuft nicht gut für Müller. Dass die Belegschaft kämpft und für Wirbel sorgt, war nicht auf dem Plan. Im Juli, als die Werksbesetzung begann, ist er richtig ausgeflippt. »Idiotenstall«, schrie Müller über den Hof, »ihr Bolschewisten«. Das erste Transparent (»Wir kämpfen um Bike-Systems«) hat er höchstpersönlich mit einem Bolzenschneider von der Außenwand geholt. Fünf Minuten später hing es wieder am Zaun. »Da sieht man es noch besser«, amüsierte sich Betriebsratsvorsitzende Heidi Kirchner. Am nächsten Tag hat die Belegschaft die Landtagsabgeordneten in Erfurt informiert. »Die Heuschrecke zeigt ihre Fratze«, schrieben sie in einem Brief. Damit war die Lonestar-Tochter »Transcontinental Holding« gemeint, der neue Eigner der Fahrradfabrik.

Für das Aussaugen von Betrieben ist Müller Spezialist – auch wenn er nur die Marionette der Investmentgesellschaft ist. »Von Fahrrädern versteht der jedenfalls nichts«, urteilt Betriebsratsmitglied Jens Müller über den Abwickler und schleudert unter dem Vordach der Warenannahme einen metallenen Dart-Pfeil ins Ziel.

Letztes Jahr durfte Frederick P. Müller schon mal bei der sächsischen Fahrradfabrik Biria in Neukirch ran. Der neue Investor Transcontinental Holding brauchte ihn dort. Biria war immerhin Europas drittgrößter Fahrradproduzent, hatte als erster ein Antiblockiersystem entwickelt und Lastenfahrräder für die Post gebaut. Als Müller ging, wurde gar nichts mehr produziert und 220 Beschäftigte saßen auf die Straße.

Aber das war erst der Anfang. Mit den Kundenverträgen und Lagerbeständen stieg die Heuschrecke bei der Thüringer Fahrrad-

fabrik Mifa ein und übernahm auch das Nordhäuser Fahrradwerk. Nicht, um den Betrieb nach vorne zu bringen. Nur zur Marktbereinigung, wissen die Nordhäuser jetzt: Ihre Aufträge und ihre Vorräte gingen plötzlich nach Sangershausen zum Konkurrenten Mifa, und Bike-Systems atmete immer flacher. Im Nu war das Tafelsilber weg, und Müller setzte den Fangschuss an: Betriebsstilllegung zum 1. Juli. Die 135 Beschäftigten, meist schon zwanzig, dreißig Jahre dabei und für Leute wie Müller nur Ballast, sollten sich ohne Sozialplan trollen. »Wir hatten noch 300 000 Aufträge, Arbeit für ein ganzes Jahr«, klagt Betriebsratsvorsitzende Kirchner und nippt am frisch aufgebrühten Kaffee von »Libertad«. Das »Cafe Libertad Kollektiv« in Hamburg hat ihn gespendet und ein Plakat zurückgelassen. »Der Kaffee für den täglichen Aufstand«, steht drauf.

Sollen die Fahrradbauer denn wie ausgediente Drahtesel zum alten Eisen? Das hätten die Investoren gerne. Schon am Tag, als Müller die Belegschaft mit der Produktionseinstellung schockte, warb die Mifa mit neuen Arbeitsverträgen. Für ein Entgelt, das zu einer Hartz IV-Aufstockung zwingt, bei nur 24 Urlaubstagen im Jahr. Betriebsrat? Wollen wir nicht, sagt Mifa-Vorstand Peter Wicht.

Danke, antworteten die Nordhäuser Metallerinnen und Metaller. Manfred Handke (44), Zerspanner und Betriebsratsmitglied, hatte vergangenes Jahr ein paar Mal bei der Mifa zu tun. Jetzt sitzt er auf einer Holzbank vor dem Betrieb, presst die Augen zu schmalen Schlitzen und erinnert sich: »Da haben alle Angst und laufen nur mit dem Kopf nach unten rum.« Gleich neben ihm, auf der roten Infotafel des Betriebsrats, fordern Aufkleber: »Nicht zur Mifa gehetzt, sondern die Firma besetzt«.

Die Botschaft ist angekommen. Seit 50 Tagen ruhen die vier Bänder der Endmontage, die Leuchttafeln mit Sollvorgaben und Ist-Stand sind matt. Im Frühjahr haben die Beschäftigten hier noch täglich 9,6 Stunden geschwitzt. Oft auch samstags. Täglich liefen 2000 neue Fahrräder durch das Werk. In der oberen Etage warten noch eiserne »Einspeicher« und »Zentrierer« auf Material. Auf einer Ablage



Betriebsratsmitglied Manfred Hanke am Feuerkorb vor dem besetzten Werk. Er kämpft gegen Marktbereinigung auf Kosten der Belegschaft.

verstaubt ein Biria-Unternehmenshandbuch: »Marktführerschaft in Deutschland ausbauen.« Frank Rust, der Produktionsleiter, läuft mürrisch durch die düstere Halle. Seit mehr als 32 Jahren arbeitet er in dem Betrieb und produzierte schon zu DDR-Zeiten die IFA-Touring-Räder mit. Jetzt bewacht er die Maschinen des Betriebs: »Gnadenlos sind die vorgegangen«, grübelt er.

Hinter dem Zaun an der Bundesstraße sitzt Werner Rapte (56) auf einer Bank und bedankt sich bei hupenden Autofahrern. Bis zum Juli hat er in der zweiten Etage Räder aufgezogen. Hinter ihm spottet ein überdimen-



Metaller stehen vor der besetzten Fabrik. Viele produzierten schon zu DDR-Zeiten »IFA-Touringräder«.



Fotos: Frank Rumpenhorst

Die Belegschaft sitzt vor dem Werkstor. Ministerpräsident Althaus ist bei allen unten durch. Er hat sie hängengelassen.

sionales Transparent: »Keine Wahlen, kein Interesse. Danke, Herr Althaus«. Thüringens Ministerpräsident ist bei der Belegschaft unten durch. Erst ließ Dieter Althaus die Fahrradbauer hängen, dann hat sein Wirtschaftsminister heimlich mit Heuschrecken-Müller gesprochen. »Es wird mehr gelogen als im Sozialismus«, schimpft Rappe.

Wie gut tut da der Rückenwind aus Betrieben und Initiativen. Der grüne Solidaritätsordner im provisorischen Büro in der Qualitätskontrolle ist gut gefüllt. »Bike-Systems Betriebsbesetzung« steht auf dem Rücken. Auch eine »Bild«-Zeitungs-Ausgabe ist abgeheftet: »Heuschrecken-Alarm in Nordhausen«, verkündet die Überschrift in schwarzen Lettern. Ottmar Schreiner (SPD), Bundestagsmitglied, hat geschrieben, das Spiel der Heuschrecke sei »mit Verlaub eine große Sauerei«. Er hat gesetzliche Regeln verlangt.

Im September wird das ausgeblutete Werk erstmals kein Entgelt überweisen. Und jetzt? Die Lebensmittelregale unter dem Vordach sind gut gefüllt, an Palettenstapel hängen grün gefärbte Heuschrecken-Kostüme auf Kleiderbügeln. In der Qualitätskontrolle besprechen Metaller die anstehende Betriebsversammlung.

Interessierte Investoren seien aufgetaucht, ist durchgesickert. »Zwei Schichten, und die Fabrik läuft wieder«, sagt Handke und wirft ein Holzbrett in die Feuertonne, »wir können schnell wieder Fahrräder produzieren.«

Draußen gibt die Landfleischerei Rabe Hackfleisch ab, eine Spende. Fahrer und Betriebsratsvorsitzende umarmen sich. Auf dem Transparent daneben leuchtet ein Willkommensgruß für den Chef: »Hallo Herr Müller, willkommen im Idiotenstall.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de



Auch Betriebsratsvorsitzende Heidi Kirchner will nicht für einen Minilohn zur Mifa wechseln.

DER LESER HAT DAS WORT

Nur ausgenutzt**metallzeitung 9/2007,****Aktuell, »Leiharbeit muss sich lohnen«:**

Die Zeitarbeiter werden nur ausgenutzt. Sie müssen die gleiche Arbeit für weniger Lohn machen. Das ist nicht gerecht, da muss man doch einen Riegel vorschieben! Ich denke, dass alle gleich behandelt werden müssen.

Bodo Wilhelm, Mitglied VKL Parador GmbH & Co.KG, Münster

Altersteilzeit fördern**metallzeitung 9/2007, Arbeit,****»Arbeitslosenbeitrag«:**

Die Förderung der Altersteilzeit (ATZ) gemäß dem Altersteilzeitgesetz sollte über 2009 hinaus fortgeführt werden. Der Effekt dieser weiteren Förderung: Wer die Möglichkeit hat, ATZ zu vereinbaren und es sich vor allem auch leisten kann, die Rentenabschläge in Kauf zu nehmen, könnte wie bisher etwas früher aus dem Arbeitsleben aussteigen. Dem müsste eine feste Einstellung eines sonst Arbeitslosen gegenüberstehen. Denn nur unter dieser Voraussetzung wird die ATZ von der Bundesagentur für Arbeit (richtigerweise) gefördert.

Norbert Bergdolt, Betriebsrat PWF-Aerospace AG, Speyer

Weimar ist zurück**metallzeitung 9/2007,****Editorial, »Die Starken sind für die Schwachen da«:**

Eine zerfledderte Tariflandschaft ist schon schlimm genug. Aber noch schlimmer ist: Weimar ist wieder da! Die schlechten Erfahrungen aus der Weimarer Republik sind vergessen. Wie gehabt: arbeitgeberfreundliche, christliche, beruflich orientierte, mit dem Stand verbundene Gewerkschaften. Das Prinzip »Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag« hat Deutschland nach dem Krieg mit zum unerwarteten Aufschwung verholfen. Jetzt geht es durcheinander und – schlimmer noch – gegeneinander.

Veit Hennemann, Köln

Reformbremsen**metallzeitung 9/2007, Titel,****»Ausbildungsnot und Fachkräftemangel«:**

Der Fachkräftemangel ist die logische Folge der Ausbildungsmisere. Ein weiteres Thema neben dem Mindestlohn, das beweist, wer die wahren Reformbremsen sind: die Unternehmerverbände und die CDU. Schließlich trommeln beide seit Jahrzehnten gegen die Einführung einer Umlage.

Rasmus Helt, Hamburg

Keine Probleme**metallzeitung 9/2007, Arbeit,****»Produkt des Monats: Rapsöl«:**

Seit drei Jahren bin ich nun mit Pflanzenöl unterwegs und kann nichts Negatives berichten. Der Motor läuft ohne Probleme und leiser als mit Diesel. Die Abgaswerte bei der Asu sind sehr gut und sogar besser als mit Diesel. Sie kennen doch sicher die Zweitakter, die weitverbreiteten, stin-

kenden, so beliebten Roller? Wie sieht es da aus mit Erbgutschädigung und Mutagenität? Aber sicher steht da ein nicht unbedeutender Wirtschaftszweig dahinter. Wer möchte da schon etwas Schlechtes sagen?

Martin Huber, per E-Mail

Gute Konditionen**metallzeitung 9/2007, Leben,****»Tolle Angebote frei Haus«:**

Ich finde es toll, dass ihr über die Servicegesellschaft berichtet habt. Es ist zwar keine neue Idee, sich mit 2,4 Millionen Mitgliedern hinzustellen und zu versuchen, möglichst gute Konditionen für die Mitglieder herauszuschlagen, aber es ist gut, dass jetzt auch

Versicherungen, Banken und Mobilfunkanbieter mit ins Boot genommen werden.

Frank Lönne, Kiel

Urteile verbindlich**metallzeitung 9/2007, Aktuell,****»Urteil ausgebremst«:**

Ich frage mich, wieso sich die Rentenversicherung über Entscheidungen des Bundessozialgerichts hinwegsetzen darf? Sind Urteile nicht verbindlich und müssen sie nicht umgesetzt werden? Wenn ich wegen irgend etwas verurteilt werde, kann ich mich doch auch nicht weigern, dies anzuerkennen, sondern höchstens Berufung einlegen!

Fritz Kamm, Goslar

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: entweder per E-Mail an metallzeitung@igmetall.de oder aber auch per Post an Redaktion **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen.

LESERFOTO DES MONATS



Dieses Foto entstand auf dem ehemaligen Thyssen-Stahlwerk-Gelände in Oberhausen-Osterfeld. Inzwischen steht dort das Einkaufszentrum »Centro Oberhausen«. Kurz bevor die Werkshallen abgerissen wurden, konnte Metaller Martin Schmitz noch das alte Zementwerk fotografieren.

MITMACHEN

FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns ein Digitalfoto zum Thema: »Mein Foto aus der Arbeitswelt.« Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es ein kleines Geschenk. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen erhältst du unter: www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI HARALD »HOMBRE« HOMRIGHAUSEN

Strampeln für einen guten Zweck

Der Metaller Harald Homrighausen (48) jagt Guinnessbuch-Rekorde. Dieses Mal wollte er 90 Stunden am Stück auf einem Spinningfahrrad, einem Fitnessrad, strampeln. Alles für die Kids: Spenden, Sponsorengelder sowie Einnahmen aus dem Essen- und Getränkeverkauf gehen an Einrichtungen für kranke, behinderte und sozial benachteiligte Kinder.

Freitag, kurz nach Mitternacht. Seit 30 Stunden sitzt Harald Homrighausen jetzt schon auf seinem Spinningrad. Die Menge tobt. »Das hält mich wach«, sagt er. 90 Stunden will er insgesamt durchhalten, bei 20 Stundenkilometern, für den Guinnessbuch-Rekord. Doch es sieht schlecht aus. Ein Magen-Darm-Infekt. Sein Körper kann keine Flüssigkeit aufnehmen. Es läuft einfach durch.

Bei seinem Rekordversuch geht Homrighausen auf Nummer sicher. Er hat sich gründlich untersuchen lassen und wird rund um die Uhr medizinisch überwacht. »Schließlich gehe ich auch schon auf die 50 zu.«

Seit sieben Jahren jagt Homrighausen, Spitzname »Hombre«, Rekorde. 9752 Sit-ups waren es zuletzt 2004. Seine Kollegen bei FAG Schaeffler in Schweinfurt sagen, er sei verrückt. »Die haben nicht geglaubt, dass ich das schaffe«, sagt Hombre. »Aber was ich mir vorgenommen habe, schaffe ich. Ich mache das für die Kinder.« Der Erlös aus Sponsorengeldern, Speise- und Getränkeverkauf sowie Spenden kommt Kindern in Not zugute. Letztes Mal war das die Elterninitiative leukämie- und tumorkrankender Kinder in Würzburg. Diesmal sind es das »Haus Gottesgüte«, ein Heim für behinderte Kinder, und die Sozialstelle »Die Brücke«, mit einem Wohnprojekt für sozial benachteiligte Jugendliche.

Freitag, 3:17 Uhr. Hombre bricht ab. Die Gesundheit ist wichtiger. Das Fest für die Kinder geht trotzdem bis Sonntag weiter.

Eine Woche vorher im Betrieb in Schweinfurt war Homrighausen noch topfit. Obwohl er gerade eine anstrengende Nachtschicht in der Schmiede hinter sich hat, danach einen Presetermin – und seit Wochen nur noch knapp eine Stunde täglich schläft. »Ich trainiere auf Schlafentzug«, sagt er. Eigentlich ist er gelernter Schreiner, erzählt er und hebt dabei grinsend die rechte Hand. Der kleine Finger fehlt. Eine Bandsäge, schon in der Ausbildung. An seinem überaus herzhaften Händedruck ist davon nichts zu spüren. Vor dreißig Jahren hat Homrighausen dann bei damals noch FAG Kugelfischer in Schweinfurt angefangen und ist kurz darauf in die IG Metall eingetreten. Die Frage nach dem Warum



Fans feuern Harald Homrighausen beim Strampeln für den guten Zweck an.

wundert ihn fast: »Die IG Metall gehört einfach dazu.« Auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz in der Schmiede erzählt Hombre, dass er mal geraucht hat. Nach zwei Stimmband-Operationen hat er aufgehört und mit Sport angefangen. Marathon, Mountainbike-Rennen, Gewichtheben. »Es gibt noch mehr ›Verrückte‹ bei uns«, erzählt er. Einer hat sogar beim Ironman mitgemacht. Sein Abteilungskollege hat kürzlich 300 mal ein 35 Kilo schweres Bierfass gestemmt. Auch er trainiert öfters in Hombres privatem 30-Quadratmeter-Fitnesskeller, seiner »Folterkammer«.

Auch Hombres Arbeitsplatz wirkt martialisch. Es ist heiß und laut. Sogar das Hämmern der Maschinen erinnert an die Techno-Musik, die er beim Trainieren hört. Bis zu mehreren hundert Kilo schwere glühend heiße Lagerringe laufen aus den Öfen über Bänder, kühlen ab, um von Hombre und

seinen Kollegen verladen zu werden. Mit dem Gabelstapler und mit dem Kran. Harald Homrighausen packt »zu Trainingszwecken« auch gern mit der Hand an – in Maßen und mit der richtigen Haltung versteht sich. Denn Homrighausen ist Sicherheitsbeauftragter. Trotz der schweren Arbeit gibt es bei ihm in der Abteilung keine ernstesten Arbeitsunfälle.

Mit dem Spinningrad-Projekt soll nun Schluss sein mit der Rekordjagd. Im Betrieb brummt es. Ein Privatleben gibt es ja auch. »Ich will meine Familie nicht überstrapazieren. Auch wenn besonders meine Kinder stolz auf mich sind«, sagt Hombre. »Ich bin froh, dass ich das gemacht habe – und dass ich, der ich alles habe, Kindern in Not etwas geben kann. Denn Kinder sind schließlich das schwächste Glied in dieser Gesellschaft.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

RECHT SO

Fahrgemeinschaft: Auch ein Umweg ist versichert

metallzeitung: Um Fahrtkosten oder Zeit zu sparen, schließen sich immer mehr Kollegen zu Fahrgemeinschaften zusammen. Manche bilden Fahrgemeinschaften, um gemeinsam zur Arbeit zu fahren. Andere nutzen auf Dienstreisen gemeinsam ein Auto. Was muss versicherungstechnisch beachtet werden?

Carsten Schuld: Das Thema Pendeln ist vor allem im Zusammenhang mit der gesetzlichen Unfallversicherung interessant. Die Unfallversicherung deckt Wegeunfälle ab, die auf dem direkten Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz passieren. Was aber, wenn man einen Kollegen nach Hause bringt und dabei einen Umweg fährt? Auch der Umweg ist versichert. Sogar dann, wenn sich die Strecke durch den Umweg deutlich verlängert.

Wartet einer der Fahrgemeinschaft nach Arbeitsende auf den anderen, gilt die Fahrt versicherungstechnisch nicht als unterbrochen. Auch dann nicht, wenn die Wartezeit mehr als zwei Stunden beträgt. Das LSG Rheinland-Pfalz hat wie folgt entschieden: Selbst der knapp zweistündige Aufenthalt in einer Gastwirtschaft ist nicht als Unterbrechung zu werten, auch wenn der Fahrer danach infolge von Alkoholgenuß fahruntüchtig ist. Aber: Die Unterbrechung der gemeinsamen Fahrt für ein Feierabendbier hebt hingegen den Schutz der Unfallversicherung auf.

Entscheidend für die Haftung durch die gesetzli-

che Unfallversicherung ist, dass die Fahrgemeinschaft einen Nutzen hat – in der Regel also eine Zeit- und/oder Kostenersparnis. Ob die Mitglieder der Fahrgemeinschaft im gleichen Unternehmen oder aber auch in unterschiedlichen Firmen arbeiten, ist dabei übrigens unwichtig.

Verletzt sich Mitfahrer bei einem Unfall, können sie bei Verschulden des Fahrers daneben auch Ansprüche gegen die Kfz-Haftpflichtversicherung des Halters geltend machen.

Eine regelmäßige Fahrgemeinschaft führt juristisch gesehen zu einem Vertragsverhältnis. Das heißt streng genommen: Entsteht einem Mitglied der Fahrgemeinschaft durch das Versäumnis eines anderen – wie Verspätung oder Vergessen – ein materieller Schaden, könnte hierfür theoretisch Schadensersatz verlangt werden. ■

Carsten Schuld,
Jurist beim DGB-
Rechtsschutz
beantwortet hier
jeden Monat Eure
Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

CDU-MITGLIEDER IN DER IG METALL



Foto: CDU

IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner überreicht CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla einen schwarz-roten Rucksack der IG Metall-Jugend: »Der soll ihn auch daran erinnern, dass es ohne Ausbildungsumlage nicht geht.«

Reinrassige Metaller

Die christlich-demokratischen Mitglieder der IG Metall hatten hohen Besuch. CDU-Generalsekretär Pofalla kam zum Gespräch.

»Ohne die christlich-sozialen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wären weder CDU noch CSU zu Volksparteien geworden – und die Einzelgewerkschaften im DGB nicht zu Einheitsgewerkschaften«, sagte Regina Görner, CDU- und CDA-Mitglied und im Vorstand der IG Metall für Jugend und berufliche Bildung zuständig. »Dieses Verständnis bildet die Grundlage der oft mühsamen Zusammenarbeit zwischen den christlich-sozialen Gewerkschaftern und der CDU oder der CSU.« Und das ist nicht übertrieben, schaffe doch erst ein nachhaltiger persönlicher Kontakt zu den entscheidenden Funktionsträgern in der Union deren Bereitschaft, einen offenen Meinungsaustausch über gewerkschaftliche Positionen als »notwendig« anzusehen, sagte Görner.

Seit der Wahlniederlage 1998 und vor allem seit dem knapp verpassten Erfolg 2005, als die

CDU mit neoliberalem Programm punkten wollte, ist es etwas besser geworden. »Heute sagen selbst höhere Parteifunktionäre, dass die Niederlage der CDU als Volkspartei selbstverschuldet ist, weil die Partei die Arbeitnehmer und ihre Familien bei der zurückliegenden Bundestagswahl sträflich vernachlässigt hat«, erklärte Görner.

Deshalb besuchte auch CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla auf seiner »Sommertour« den »Koordinierungsausschuss der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall«, der Ende August in der Vorstandsverwaltung in Frankfurt tagte. Knapp anderthalb Stunden stellte er sich den Fragen. Die über 40 Teilnehmer der Runde ließen kein aktuelles Thema aus: Rente mit 67 (Pofalla: »Notwendig wegen der Demografie«), Mindestlohn (»Branchenspezifisch ja,

Chronik der Arbeitsgemeinschaft

Nachdem im März 1963 die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafterinnen und -Gewerkschafter gegründet worden war, entstand einen Monat später die »Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall«. Sie wurde von Anfang an vom Vorstand der IG Metall aktiv unterstützt, mit großem Erfolg.

1966 traten nach erfolgreichen Verhandlungen viele ehemalige Mitglieder und einige führende Funktionäre des »Christlichen Metallarbeiterverbandes« (CMV) zur IG Metall über. Das war keine spontane Aktion, sondern Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung und dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft geschuldet. Seitdem haben vielfältige Tagungen und Konferenzen der Arbeitsgemeinschaft stattgefunden, bei denen neben aktuellen gewerkschaftlichen und politischen Themen immer auch die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik Grundlagen waren.

Aktuelles Beispiel der Einflussnahme auf die Politik der Union ist die Initiierung der Unterschriftenkampagne für einen gerechten Mindestlohn, gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter und -Gewerkschafterinnen.

aber wir wehren uns gegen die Einheitssoße über Deutschland«, Mitbestimmung (»Wichtig für die Wirtschaftsbeziehungen«), Flächentarifvertrag (»Mit Pforzheim kann ich leben«), Altersteilzeit (»Keine Verlängerung, weil zu teuer«), Ausbildungsumlage (»Von der Ausbildungsabgabe halte ich nichts.«). Beim Thema Leiharbeit (Pofalla: »Für mich ist das Zeitarbeit.«) schilderte IG Metall-Vorstandsmitglied Otto Schütte, dass bei Karmann in Rheine von der Stammebelegschaft nur noch 40 Prozent übrig geblieben sind und der Rest als billige Leiharbeiter den gleichen Job macht wie vorher – zwar auf Dauer.

Ronald Pofalla will dem nachgehen. Georg Keppeler, Erster Bevollmächtigter in Olpe und ebenfalls Vorstandsmitglied der IG Metall, fasste die Diskussion zusammen: »Er hatte mal Gele-

genheit, mit Leuten aus Betrieben zu reden. Was er daraus macht, ist seine Sache.«

Dennoch werteten die Teilnehmer den Auftritt Pofallas als Erfolg. »Wir werden am Ball bleiben und weiter für die Positionen der IG Metall in der CDU werben und diese Positionen in die Parteiarbeit einbringen«, sagte Felix Schlindwein, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender bei Siemens in Bruchsal.

Aber dazu braucht es mehr Mitstreiter. »Wir sind reinrassige Metaller«, sagte Regina Görner. »Wir wollen Einfluss nehmen auf die Politik der Union. Je besser wir uns als Christlich-Soziale in der IG Metall vernetzen, desto erfolgreicher können wir sein. Besonders wichtig ist es, dass viele junge Leute mitmachen.« ■

Werner.Hoffmann@igmetall.de

MITMACHEN

Wer Metaller und CDU- oder CDA-Mitglied ist und bei der Arbeitsgemeinschaft mitmachen möchte oder Informationen haben will, kann sich unter der folgenden Adresse melden:

Gregor Callegari, Telefon 069-6693-2491, Fax 069-6693-2022, E-Mail: gregor.callegari@igmetall.de

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Die ›Papamonate‹ sind eine super Erfindung«

metallzeitung traf Metaller Oliver Möscheid. Der Zwilling-Vater nutzte das Elterngeld und nahm zwei Monate Elternzeit.

metallzeitung: Wie läuft es mit Clara und Mats?

Oliver Möscheid: Eins steht jetzt schon fest: Seit ich zu Hause bin, habe ich mehr Stress als auf der Arbeit.

metallzeitung: Lange- weile gibt es nicht?

Möscheid: Nein, ganz bestimmt nicht. Wickeln, Fläschchen machen, füttern, Flaschen spülen – damit kann man einen Tag schon sehr gut füllen.

metallzeitung: Wie findest du das Elterngeld?

Möscheid: Die »Papamonate« sind eine super Erfindung. Ich kann nur jedem empfehlen, diese Chance zu nutzen. Auch wenn es in den vergangenen Wochen einige Tage gab, an denen bei uns die Nerven blank lagen. Die Zwillinge verändern sich fast täglich. Das hätte ich alles nicht mitbekommen, wenn ich erst nachmittags nach Hause gekommen wäre.

metallzeitung: Was haben deine Kollegen gesagt?

Möscheid: Ich bin bei der Hoesch Hohenlimburg GmbH ja auch im Betriebsrat. Deshalb habe ich für die Kollegen einen Aus- hang gemacht, dass ich jetzt für zwei Monate in Elternzeit gehe. Da haben mich viele angesprochen. Die meisten fanden es toll.

metallzeitung: Gibt es bei euch noch andere Väter, die das Elterngeld nutzen?

Möscheid: Nein, ich bin zurzeit der Einzige. Manche Männer schrecken sicher davor zurück, weil sie berufliche Nachteile



Foto: Roland Gelsheimer / atenzione

Mit Mats und Clara hat Sachbearbeiter Oliver zurzeit alle Hände voll zu tun.

fürchten. Natürlich muss man sich den Einkommensverlust auch leisten können.

metallzeitung: Wird es für dich schwer, wieder zu arbeiten?

Möscheid: In den ersten Tagen werde ich wahrscheinlich sehr unruhig sein, weil ich nicht weiß, wie es zu Hause läuft. Aber ich denke, dass auf meinem Schreibtisch genügend Arbeit auf mich wartet. Das wird mich sicher ablenken. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Anzeige

TELEFONAKTION ZUM THEMA ZUSÄTZLICHE ALTERSVORSORGE

Wie erfahre ich die Höhe meiner späteren Rente, damit ich eine zusätzliche Altersvorsorge betreiben kann?

Wer das 27. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt hat, bekommt von der Deutschen Rentenversicherung jährlich eine so genannte Renteninformation geschickt. Darin wird die voraussichtliche Rentenhöhe ab Beginn der Regelaltersrente mitgeteilt.

Welche betrieblichen Altersvorsorgemöglichkeiten gibt es?

Die Entgeltumwandlung und die Riester-geförderte Altersvorsorge. Außerbetrieblich gibt es außerdem die Möglichkeit, privat Riester-Verträge abzuschließen. Dabei entstehen jedoch regelmäßig deutlich höhere Kosten als bei der betrieblichen Vorsorge.

Was sind die Empfehlenswerten?

Bei der Entgeltumwandlung verzichtet man auf einen Teil seines Gehalts und bekommt im Gegenzug vom Arbeitgeber eine Zusage auf betriebliche Altersvorsorge. Das umgewandelte Entgelt ist steuer- und sozialversicherungsfrei bis zu 2 520 Euro im Jahr. Bei der Riesterförderung werden die Vorsorgebeiträge aus dem Netto-Entgelt entnommen. Auf die Vorsorgebeiträge sind also schon Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt worden. Dafür erhält man direkte staatliche Zulagen als Förderung der Altersvorsorge. Die höchste Stufe der Förderung wird 2008 erreicht. Dann werden für den Förderberechtigten und bei Verheirateten für dessen Ehepartner 154 Euro im Jahr staatliche Zulagen erbracht. Für jedes Kind, für das Kindergeld gezahlt wird, bekommt man 185 Euro. Voraussetzung ist ein Sparbeitrag von vier Prozent des Bruttoeinkommens des Vorjahres.

Was ist denn günstiger?

Angenommen, jemand hat im Jahr 2007 ein Bruttoeinkommen von 30 000 Euro erzielt, ist ver-



Werner Lohre, Barbara Nauditt, Albrecht Eisenreich und Walter Glanz (von links) standen Rede und Antwort.

Foto: Frank Rumpenhorst

Experten beantworteten die wichtigsten Fragen

Viele Menschen fühlen sich bei der Planung ihrer Rente und Altersvorsorge überfordert. Sie zögern deshalb wichtige Entscheidungen hinaus. Bei der Telefonaktion der **metallzeitung** am 10. September konnten wichtige Fragen vieler Mitglieder der IG Metall geklärt werden.

heiratet und hat zwei Kinder. Diese Personen müssten im Jahr 2008 vier Prozent vom Brutto, also 1200 Euro für die Altersvorsorge aufbringen. Bei der Entgeltumwandlung spart man rund 20 Prozent Sozialversicherungsbeiträge und etwa weitere 20 Prozent Steuern.

Und wie sieht es bei der Riesterförderung aus?

Für den Ehemann und dessen Ehefrau, die kein eigenes Einkommen hat, gibt es je 154 Euro, für die beiden Kinder jeweils 185 Euro. Um 1 200 Euro in die Altersvorsorge fließen zu lassen, müssen selbst nur 522 Euro aufgebracht werden. Die direkte Förderung ist also deutlich höher als die indirekte bei der Brutto-Ent-

geltumwandlung. Als Faustformel gilt: Wer im mittleren Einkommensbereich liegt und zwei Kinder hat, für den ist die Riesterförderung günstiger. Für Alleinstehende ohne Kinder lohnt sich eher die Entgeltumwandlung.

Gibt es sonst noch Vor- oder Nachteile, je nachdem, ob man sich für Riesterförderung oder Entgeltumwandlung entscheidet?

Für das umgewandelte Entgelt werden keine Rentenbeiträge gezahlt. Deshalb verringert sich die spätere gesetzliche Rente. Die Hoffnung ist, dass durch höhere Renditen in der betrieblichen Altersversorgung dieser Nachteil wieder aufgefangen wird. Vorteilhaft ist, dass beide Förderarten Hartz IV-sicher sind.

Wie ist es, wenn sich die Einkommensverhältnisse ändern, zum Beispiel, weil es für die Kinder kein Kindergeld mehr gibt?

Wenn für Sie unser Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung gilt, dann ist der Wechsel zwischen den Förderwegen kein Problem. Das Versorgungswerk Metall-Rente bietet beide Förderarten an. Personen, für die sich Riester nicht mehr lohnt, können auch nur Mindestbeiträge für den Riestervertrag aufwenden (jährlich 60 Euro) und mit einem neuen Vertrag die Entgeltumwandlung beginnen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr Infos zur Altersvorsorge

► www.igmetall.de/metallzeitung
→ Telefonaktion

RÄTSEL

1	2	3		4	5		6		7	8	9
10				11					12	7	
13			14	15			15	16	13		
		17	6				18				
19	20						21	10		22	
23	9			24	25			26	27		
			28				29			16	30
31		32	12		33	14	11		34		
		35		36		37		38		39	
40	41	1		42	43			5	44		
45			46	2			47			48	
49		50				51			52		53
		54	4					55		8	
56		17				57			3		

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

WAAGRECHT

- 1 Knall von Feuerwaffen
- 6 männliches Kind
- 10 große Eule
- 11 katholisches Stundengebet
- 12 Klostervorsteher
- 13 Artistenfahrzeug
- 15 Stadt an der Rems
- 17 Werk eines Künstlers
- 19 englischer Tanz
- 21 ehemaliger höherer türkischer Titel
- 22 Motorschiff (Abk.)
- 23 Euro (Abk.)
- 24 japanischer Kimonogürtel
- 26 Handelsbrauch
- 28 alte Bezeichnung für den Mai
- 31 Erholung, Entspannung
- 33 Dt. Gewerkschaftsbund (Abk.)
- 34 fertig gekocht, fertig gebraten
- 35 Weltorganisation (Abk.)
- 37 griechische Göttin der Morgenröte
- 39 chemisches Zeichen für Tantal
- 40 Abbildung (Abk.)
- 42 Gartenblume
- 45 Abkürzung für: Landrat
- 46 Autokennzeichen von Leer
- 47 Kurznachricht (Kzw.)
- 49 nach Hochzielen Strebender
- 52 orientalische Kopfbedeckung
- 54 deutscher Zirkusdirektor, † 1943 (Carl)
- 55 Brutstätte
- 56 Mündungsarm der Weichsel
- 57 amerikanischer Schriftsteller (Paul)

SENKRECHT

- 1 Geschmacksrichtung
- 2 22. griechischer Buchstabe
- 3 Esstrieb
- 4 flüssiges Haarwaschmittel
- 5 Mineralwasser (Kurzwort)
- 6 Maurerwerkzeug
- 7 Fluss in der Schweiz
- 8 britische Rundfunkgesellschaft
- 9 moralische Gesinnung
- 14 Abkürzung für eine Staatsform
- 16 Anruchigkeit, übler Beigeschmack
- 18 Geburtsort Kurt Georg Kiesingers
- 20 Ballettröckchen
- 22 Zeitraum
- 25 Bundesbehörde (Abk.)
- 27 Strudelwirkung
- 28 Fragewort für den Akkusativ
- 29 Hartgummi
- 30 Donauzufluss
- 31 wirkliche Dinge
- 32 Kolbenweg im Motor
- 36 Raubtier Mittelamerikas
- 38 Sinus (Abk.)
- 41 Bundesrepublik Deutschland (Abk.)
- 43 Westeuropäerin
- 44 Drall eines Tennisballs
- 46 Frauengestalt aus »Dr. Schiwago«
- 48 kleine Hakenschlinge
- 50 Diagramm der Herzströme (Abk.)
- 51 Meer (engl.)
- 53 Abkürzung für: Straße
- 55 Abk. für: Nachschrift

Die Gewinner

Der Lösungsspruch für Juli/August lautete:
**Wer zuletzt lacht,
hat nicht eher begriffen.**

Erster Preis:
Roman Pilip, Bundorf,
Zweiter Preis
Ulrike Ratmann, Heidelberg,
Dritter Preis:
Siegfried Reichert, Ifta.
Der Zusatzgewinn im Juli:
je ein IG Metall-Fußball geht an
Karin Nagel, Wolfsburg,
Achim Sandke, Husum.

Einsendeschluss

31. Oktober 2007

Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis
»Rettet dem Dativ« –
das Spiel zum Buch.

Sonderpreise: Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung
■ einen **IFA-Gutschein** im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung) sowie
■ zwei **IG Metall-Fußbälle**.

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und an die Redaktion senden: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60146 Frankfurt. Oder per E-Mail an metallzeitung@igmetall.de.



Zweiter Preis
Ein original Steiff-Teddy
»Petsy«.



Dritter Preis
Ein IG Metall-Verbandkasten.

DA GEHT WAS

Sichere Arbeitsplätze plus Tarif

Beim Flugzeugküchenhersteller Sell in Herborn haben die Beschäftigten gemeinsam mit der IG Metall Arbeit und Ausbildung bis 2012 gesichert. Opfer in Form von Abschlägen vom Tarifvertrag waren dazu nicht nötig. Die hochqualifizierte Arbeit der Beschäftigten ist nicht von heute auf morgen ersetzbar. Der Betriebsrat will, dass das auch so bleibt.



Foto: Jens Braune Del Angel

Beim Flugzeugküchenhersteller Sell werden die Kabel noch mit Hand verbunden.

Schrauben, Hämmern, Bohren – jedoch nicht im Maschinen-Takt. Beim Flugzeugküchenhersteller Sell in Herborn ist fast alles Handarbeit. Einzelfertigungen und Kleinstserien für Fluggesellschaften weltweit.

»Ein, zwei Jahre braucht man schon, um hier richtig eingearbeitet zu sein«, meint ein junger Facharbeiter, der nach Konstruktionsplänen Aluminiumbleche in Form biegt.

Eigentlich lief hier alles gut. Die Zahl der Beschäftigten ist in den letzten Jahren auf fast 800 gestiegen. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt. Doch mit dem neuen Management kamen Probleme, besonders bei der Planung und Materialversorgung. »Die kommen mit Standardplänen aus der Autozuliefererindustrie und wollen die Sell überstülpen. Das passt einfach nicht. Die kennen uns und unsere Geschichte nicht«, meint der Betriebsratsvorsitzende Gerd Spellerberg. Monatlang

rennen Scharen von Unternehmensberatern durch die Hallen, die Geld kosten – aber wenig bringen. Die Probleme wurden nicht gelöst. Verlagerungsgerüchte kamen auf. Die Belegschaft wurde unruhig. »Auch wenn wir jetzt Arbeit genug haben – um 2012 kommen neue Flugzeugmodelle. Da geht es heute schon um unsere Aufträge in Zukunft«, erklärt Spellerberg.

Ende Juni hatten Betriebsrat und Beschäftigte die Nase voll: »Dienst nach Vorschrift«. Auf Gleitzeit früher heim. Der verschärfte Termindruck zwang das Management zu Verhandlungen. Mit Hilfe der IG Metall kam nach einer Woche eine Vereinbarung heraus: Die Beschäftigung ist bis 2012 auf heutigem Niveau gesichert, auch die Zahl der Auszubildenden. Denn Sell hat eine eigene Ausbildungswerkstatt mit mittlerweile 56 Azubis,

worauf Betriebsrat und Jugendvertretung stolz sind. Auch die Übernahme der Azubis ist vereinbart, ebenso wie die der befristet Beschäftigten. Leiharbeit gibt es nicht.

Es gibt feste Produktzusagen für die neuen Flugzeugmodelle. Nichts darf wegverlagert werden, ohne klaren wirtschaftlichen Nachweis und Prüfung durch den Betriebsrat und Experten des Saarbrücker Info-Instituts.

Früh morgens, kurz vor Verhandlungsende, gelang noch ein Erfolg: Der Entgelt-Rahmentarifvertrag (Era) wird nach einer sogenannten Regelüberleitung eingeführt. Niemand darf abgruppiert werden.

Und die Opfer? Es gibt eigentlich keine. Vor allem keine Abstriche vom Tarifvertrag, wie längere Arbeitszeiten oder weniger Weihnachtsgeld. »Natürlich war das Sell-Management unter Lieferdruck«, meint Hans-Peter Wieth von der IG Metall Herborn. »Doch wir haben auch in anderen Betrieben Beschäftigung ohne Tarifabweichung gesichert. Das geht. Ist aber eine Menge Arbeit und hängt sehr von unserer Mitgliederstärke und den handelnden Personen ab.«

Bei Sell sind fast alle Beschäftigten in der IG Metall. Weitere 80 sind jetzt eingetreten. »Wir haben das dem Management bei jeder Gelegenheit klar gemacht«, sagt der Vertrauenskörperleiter Hans-Werner Viehmann. »Und wir haben unsere Leute täglich informiert, in Versammlungen, Flugblättern und persönlich. Die standen hinter uns, haben uns zum Ziel getrieben – und die Geschäftsführung zur Verzweiflung: ›Sie informieren ständig. Und Sie haben 50 Vertrauensleute, haben die geklagt.« Das ständige Informieren hat sich bewährt und soll ausgebaut werden. Jetzt gibt es auch eine Betriebszeitung, den »Überflieger«.

Doch noch gibt es Probleme bei Sell zu lösen. Spellerberg und seine Betriebsratskollegen überlegen nun, hier Verantwortung zu übernehmen: »Wir kennen Sell, die Produkte und den Markt. Vor allem kennen wir unsere Geschichte – und den Wert des Know-hows unserer Beschäftigten. Nur damit können wir auch in Zukunft am Weltmarkt Spitze sein.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

DIE GUTE IDEE

Thüringer Azubis: Floßfahrt auf der Saale

Die IG Metall Jena-Saalfeld hat für Azubis aus fünf Betrieben eine Floßfahrt organisiert – mit selbstgebauten Flößen.

»Rudern, Tommy, schnell, mach schnell, rechts, links jetzt, ja, einwandfrei, Tommy.« Tommy ist Auszubildender bei Silbitz Guß. Mit hochrotem Kopf tastet er sich auf dem schwankenden Floß von rechts nach links und stößt mit einer Kieferstange auf den Saale-Grund. »Floßfahren ist anstrengend«, stöhnt er verschwitzt und schleudert seine Schwimmweste zur Seite.

Insgesamt glitten am letzten Augusttag sechs Flöße mit rund 50 Jugendlichen aus fünf Betrieben – Siemens, Jenoptik LOS, Jena, Carl Zeiss Jena, Klausner Holz Thüringen (KHT) und Silbitz Guss – die Saale abwärts. Ziel war die Anlegestelle in Uhlstädt. Die Azubis hatten ihre Flöße während der Ausbildungszeit konstruiert und kurz vor dem Start neben der Brücke bei Kirchhasel gezimmert.

Christoph Ellinghaus von der IG Metall Jena-Saalfeld, die die Regatta organisiert hatte: »Die Jugendlichen erfahren unmittel-

bar, wie wichtig Teamarbeit ist. Ein Einzelner alleine wäre gar nicht in der Lage gewesen, so ein Floß zu bauen. Geschweige denn, es ins Wasser zu hieven.«

Jörg Pasternacki, Ausbilder bei Siemens in Rudolstadt und beim Floßbauen mit vor Ort, gefiel die Aktion noch aus einem anderen Grund: »Klar, Gruppenarbeit und soziale Kompetenz sind heute wichtig. Aber wir müssen unsere Metallberufe auch attraktiver machen und den Jugendlichen etwas bieten.«

Die Thüringer Azubis hatten jedenfalls viel Spaß – auch wenn die Flöße nach der Tour wieder auseinander genommen werden mussten. »Versenken wäre einfacher gewesen«, gestand Azubi Stefan Krause, der bei KHT Industriemechaniker lernt.

»Kreislaufwirtschaft nicht nur hochhalten, sondern praktizieren«, mahnte Christoph Ellinghaus von der IG Metall, »wir wollen die Balken, Bretter und Tonnen wiederverwenden.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de



Foto: Christiane Eisler / Transil-Leipzig

Thüringer Azubis beim Floßfahren. Organisiert hat das die IG Metall.

PRODUKT DES MONATS



Foto: Kreuels/laif

Nicht alles was auf dem Schrottplatz landet ist Müll. Vieles wird verwendet.

So ein Schrott: Das Leben nach der Tonne

Die Rückstände ausgedienter Autos, Fahrräder oder Stahlträger sind wieder teure und gefragte Wirtschaftsgüter geworden.

Allein in Deutschland fallen jährlich rund 25 Millionen Tonnen Stahlschrott an. Etwa ein Fünftel davon schlägt die Wilhelmshavener Firma Interseroh um, die in ganz Deutschland sammeln lässt.

Bald könnte der Schrottberg noch wachsen. Denn seit vergangenem März muss auch Elektroschrott systematisch gesammelt werden. Rund zwei Millionen Tonnen solcher Altgeräte fallen an. Über das Recycling können schädliche Stoffe wie Schwermetalle oder FCKW, die früher auf Deponien landeten, umweltfreundlich entsorgt werden. Gleichzeitig, informierte der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge, würden bis zu 80 Prozent der eingesetzten Materialien – Kunststoffe, Metalle, Edelmetalle – wiederverwendet.

Der anfallende Schrott wird bei den Schrottfirmen recycelt, das Material zurück in den Rohstoffkreislauf geschickt. Auch wenn es gegen bares gehandelt wird, sparen Hersteller auf diese Weise viel Geld. Nebenbei entlasten sie die Umwelt. Jede Tonne

Schrott, die anstelle von Roheisen zur Stahlerzeugung eingesetzt wird, spart den Abbau von 1,5 Tonnen Erz und den Transport von 0,5 Tonnen Kohle oder Öl.

Beim Recycling von Aluminium kann obendrein, verglichen mit der Neuproduktion, bis zu 95 Prozent Energie eingespart werden. Die Produktion einer Tonne Primäraluminium erfordert soviel Energie wie das Einschmelzen von 20 Tonnen gebrauchter Alu-Produkte. Kein Wunder, dass fast die Hälfte der jährlichen Stahlproduktion in Deutschland bereits aus Schrott besteht. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Anzeige

Ratgeber in Rentenfragen

Welches Modell der privaten Vorsorge eignet sich, die gesetzliche Rente aufzubessern: Riester, Rürup oder Entgeltumwandlung? Der Ratgeber »Betriebliche Altersvorsorge – Gesetzliche Grundlagen, staatliche Förderung, betriebliche Praxis« der Verbraucherzentrale gibt Klarheit über die typischen Fragen. Er bietet Checklisten, Tipps und die einzelnen Schritte zum Vertrag. Den Ratgeber gibt es für 9,90 Euro in allen Beratungsstellen der Verbraucherzentrale oder telefonisch unter 0180-500 14 33.
 ► www.ratgeber-verbraucherzentrale.de → Finanzen

Gute Arbeit im Büro

Die Gesellschaft Arbeit und Ergonomie – online e.V. hat einen neuen Ratgeber »Gute Arbeit im Büro« entwickelt. Darin gibt es Tipps und Infos, was jeder Einzelne tun kann, um seinen Büroarbeitsplatz gesünder zu gestalten. Mehr dazu unter:

► www.ergo-online.de
 Die Internetplattform ist ein ehrenamtlich erbrachter Service des Trägervereins »Gesellschaft Arbeit und Ergonomie – online e.V.« Mitglieder sind das Hessische Sozialministerium, Firmen, Berater sowie die IG Metall, Verdi und der DGB.

Gesundheitsreform 2007

Am 1. April ist die Gesundheitsreform 2007 in Kraft getreten. Seitdem gelten zahlreiche neue Regelungen für Versicherte. Über 80 Prozent von ihnen hatten am Vorabend der Reform keine Ahnung, was sie erwartet, so eine Forsa-Umfrage. Der DGB hat deshalb gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften die Broschüre »Gesundheitsreform 2007 – Tipps und Informationen für Versicherte« herausgegeben, die aufzeigt, welche neuen Leistungen und welche Risiken die Reform den Versicherten bringt. Zum Herunterladen:
 ► www.igmetall.de/metallzeitung

UNSERE TIPPS

Stress durch Pendeln

Immer mehr Beschäftigte sind Tag für Tag stundenlang unterwegs, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Das hat erhebliche Auswirkungen für den Einzelnen und seine Umgebung. Die meisten Unternehmen blenden das Problem der Pendler bisher weitgehend aus.



Stress mindert Leistung. Und das ist schlecht für den Beschäftigten wie für das Unternehmen. Mit flexibleren Arbeitszeiten kann der Zeitdruck abgemildert werden. Für Notfälle kann der Arbeitgeber für Übernachtungsmöglichkeiten vor Ort sorgen. In einigen Betrieben des öffentlichen Dienstes wird Beschäftigten ein sozialmedizinisches Begleitprogramm angeboten. Die Privatwirtschaft tut aber bisher kaum etwas für die Mitarbeiter.

Pendeln ist für viele Beschäftigte ein erzwungener Dauerzustand. Die Entfernungen, die zwischen Arbeitsplatz und Wohnort bewältigt werden müssen, werden immer größer. Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind Fernpendler. Sie sind täglich mehr als 50 Kilometer oder mindestens eine Stunde einfach unterwegs – Tendenz steigend. Die meisten pendeln mit dem Auto. Interessant: Je größer die Entfernung wird, umso weniger Frauen pendeln. Rund 40 Prozent der Betroffenen empfinden Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz als eine große Belastung. Denn: Pendeln ist Stress pur nicht nur für den Körper, sondern auch für die Psyche. Studien haben gezeigt: Je größer die Entfernung, umso mehr leidet der Arbeitnehmer. Wer täglich oder wöchentlich weite Strecken zurücklegt, nimmt erhebliche Nachteile für seine Gesundheit und sein Wohlbefinden in Kauf. Auch die Partner der Pendler leiden mehr als man denkt. Zwei Drittel der Partner sehen sich mindestens genauso belastet wie der Pendler selbst.

Trotz dieser Probleme gehen viele Arbeitgeber ganz selbstverständlich davon aus, dass die Mitarbeiter mobil sind. Die damit verbundenen Einschränkungen halten sie für Privatsache. Das aber ist falsch. Denn Pendeln erzeugt Stress.

Was kann der einzelne Pendler tun, der nicht den Arbeitgeber wechseln kann oder umziehen will? Gut ist, sich kein zu enges Zeitkorsett zu stricken und Puffer einzubauen. Ruhepausen auch unterwegs müssen sein. Also Laptop zu, Handy aus und wirklich mal abschalten. Stress am Steuer lässt sich gerade während des Berufsverkehrs nicht völlig vermeiden. Aber kleine Maßnahmen können die Belastung verringern. Wer etwas früher oder später losfährt als üblich, kann Staus in der Hauptverkehrszeit umgehen. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Pendlerpauschale

Seit Jahresbeginn können Pendler die Fahrtkosten für die ersten 20 Kilometer zur Arbeitsstätte nicht mehr von der Steuer absetzen. Diese Kürzung ist jedoch durch ein Urteil ins Wanken geraten. 2008 soll das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit entscheiden. Der DGB rät, in der Steuererklärung 2007 die Fahrtkosten schon ab dem ersten Kilometer anzugeben. Berufspendler können laut Finanzministerium die Pauschale vom ersten Kilometer an auf der Lohnsteuerkarte als Freibetrag eintragen lassen.

Gutachten zur Pendlerpauschale und Musterbriefe des DGB unter

► www.dgb.de → Einspruch

SO GEHT ES BESSER

Gemeinsam studieren – kooperativ entscheiden

Im Studiengang »Management und Partizipation« drücken Betriebsräte und Führungskräfte gemeinsam die Seminarbank.

Die Atmosphäre im Hörsaal ist locker, man duzt sich. Im Beruf kommt das selten vor. Dort sitzt man sich gegenüber, hier nebeneinander. Das gibt es nur an der Universität Dortmund: Im Zentrum für Weiterbildung (ZfW) studieren Arbeitnehmervertreter und Führungskräfte »Management und Partizipation«. Sie lernen nicht nur gemeinsam, sondern auch voneinander. Das ist das Besondere, betont Jörg Teichert, der Leiter des ZfW.

Das schätzen auch Andree Flaum, 47, Personalreferent der Deutschen Edelstahlwerke in Witten, und Markus Eulenbach, 40, Betriebsratsvorsitzender von ThyssenKrupp Rasselstein in Neuwied. Flaum will »über den eigenen Tellerrand blicken können«, Eulenbach »die Sichtweise der anderen, der Manager, kennenlernen«. Will der eine der bessere Arbeitnehmervertreter, der andere die bessere Führungskraft werden? Einstimmige Antwort: nein. Flaum will »mehr Partizipation« in seine Arbeit einbauen, Eulen-

bach seine Beteiligungsmöglichkeiten ausweiten – »und dazu brauche ich die Kenntnis von Management-Strategien«. Im Unterricht erlebe er die Führungskräfte »so, wie ich sie kenne«, aber in den Pausen »wächst das Verständnis füreinander«.

Das berufsbegleitende Studium kostet 4200 Euro und es dauert eineinhalb Jahre. 13 dreitägige Einheiten werden gelehrt: von Volkswirtschaftslehre, Moderations-, Verhandlungs- und Konfliktlösungstechniken.

Die Teilnehmerzahl ist auf 34 begrenzt. Fast alle halten bis zum Schluss durch. 80 Prozent bestehen die Prüfungen. Und erhalten ein Zertifikat. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat die Sozialforschungsstelle Dortmund den Studiengang als »erfolgreich« und »empfehlenswert« bewertet. Der fünfte Studiengang beginnt am 9. April 2008. Anmeldeschluss ist der 22. Februar. ■

Norbert.Hüßon@t-online.de

► www.zfw.uni-dortmund.de



Foto: Jürgen Seidel

Betriebsratsvorsitzender Eulenbach, Personalreferent Flaum und Jörg Teichert im Gespräch (von links).

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: Tony Centicola/The New York Times/Redux/laif

Feinstaub per Knopfdruck? Nicht jeder Drucker ist gefährlich.

Laserdrucker: Schaden sie der Gesundheit?

Laserdrucker produzieren jede Menge Feinstaub. Ob der Drucker Menschen krank machen kann, ist jedoch umstritten.

Büros sollen druckerfrei bleiben, die Geräte in Extraräume verbannt werden. Das verlangt die schwedische Arbeitsschutzbehörde. Sie reagiert damit auf eine Studie der australischen University of Technologie in Queensland. Forscher dort hatten 62 Drucker getestet und bei 17 Feinstaub in »bedenklichen« Mengen festgestellt. Die Büroräume seien viermal so stark belastet gewesen wie die Luft neben einer Autobahn. Die kleinen, feinen Partikel stehen im Verdacht, Atemwegs-, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie sogar Krebs auszulösen.

»Wir haben keine Erkrankungen durch Laserdrucker gefunden«, sagt Professor Volker Mersch-Sundermann von der Universität Gießen, der die erste deutsche Studie dazu leitete. Ob und welche Gesundheitsschäden von den hohen Feinstaubkonzentrationen bei Laserdruckern ausgehen, sei noch nicht ausreichend erforscht. Wer nicht warten will, bis die Wissenschaftler sich einig sind und sich vorsorglich schützen

will, sollte in seiner Firma darauf dringen, dass die Drucker in separaten, gut belüfteten Räumen stehen und regelmäßig gewartet werden. Für die meisten Drucker gibt es auch Staubfilter. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Eine Liste mit getesteten Druckern:

► www.sueddeutsche.de/drucker
Mehr Infos in Sachen Tonerstaub sowie eine kritische Sichtweise zum Thema unter :

► www.ergo-online.de

→ Arbeitsplatz

→ Hardware

→ Tonerstau in Bürogeräten

Anzeige

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Der Rentengau ist hausgemacht

Wirtschaftswissenschaftler Stefan Welzk aus Berlin sagt zum Thema Altersarmut: Nicht Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartungen bedrohen die Sicherheit der Renten, sondern die Politik und ihr Reformeifer. Die gängigen Panikprognosen halten einer sachlichen Prüfung nicht stand. Sie dienen vor allen Dingen den Interessen der Arbeitgeber.

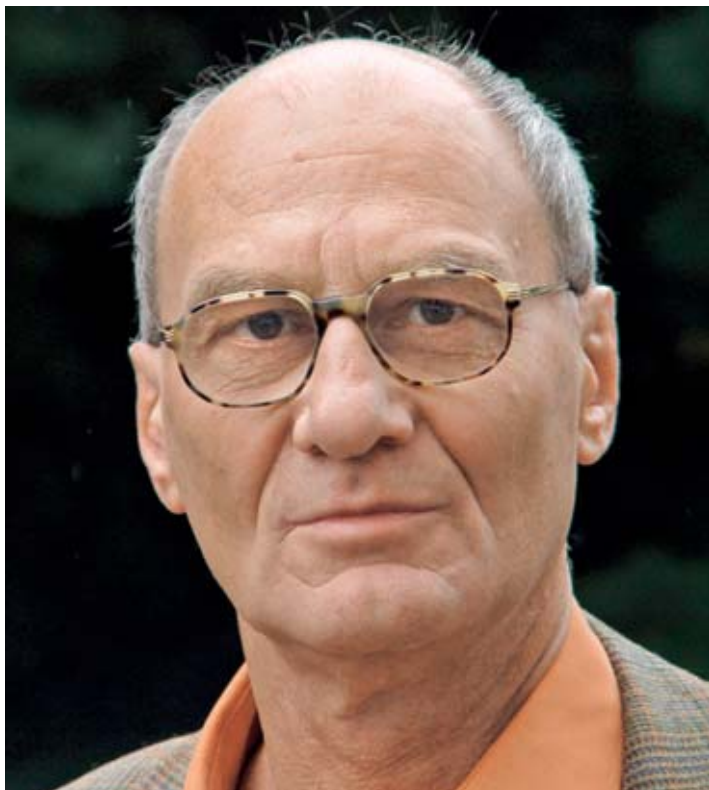


Foto: Privat

Wirtschaftswissenschaftler Stefan Welzk ist gegen Panikprognosen.

Aus demografischen Gründen droht keine Altersarmut in Deutschland, von der Politik her dagegen sehr wohl. Der bislang letzte Schlag ist die Rente erst ab 67. Basis aller Horrorprognosen ist der Altersquotient 20/65. Das ist die Anzahl der Menschen älter als 65 Jahre im Verhältnis zu denen im Alter von 20 bis 65 Jahren. Dieses Verhältnis soll von

heute 32 Menschen im Arbeitsalter zu 100 Menschen im Rentenalter bis zum Jahr 2030 auf 52 zu 100. 52 Rentner pro 100 Menschen im Arbeitsalter steigen – das gilt als nicht zu bewältigen.

Schaut man sich dagegen das Verhältnis von Beschäftigten zu Rentnern an, so kommt man bereits heute zu anderen Relationen. Dann stehen den 20,1

Millionen Rentnern derzeit 26,8 Millionen Beschäftigte gegenüber. Das ist ein Verhältnis von 75 Erwerbstätigen zu 100 Rentnern, und es wird, wenngleich nicht ohne Mühe, geschultert.

Diese 26,8 Millionen zahlen zugleich den Lebensunterhalt von 1,4 Millionen Arbeitslosengeld-I-Empfängern und tragen zum Auskommen der Hartz-IV-Empfänger bei. Unterstellt man für 2030 nur den gleichen Anteil von Erwerbspersonen an den 20- bis 65-Jährigen wie 2005 – und dieser Anteil wird nach allen Prognosen steigen – folgt selbst bei einer Arbeitslosenquote um acht Prozent ein milderes Belastungsverhältnis als heute. Das heißt: Die hohe Arbeitslosigkeit und die von ihr mitverursachte Frühverrentung sind heute eine ebenso schwere Bürde wie die erwartete soziale Alterung.

Entscheidend ist nicht der Altersquotient, sondern das Verhältnis von jüngeren plus älteren Nichterwerbstätigen zur Zahl der Menschen im »Arbeitsalter«. Dieses Verhältnis steigt bis 2030 mit einer Jahresrate von 0,9 Prozent. Keine Prognose des Produktivitätszuwachses liegt so niedrig. Im Übrigen lag dieser Quotient 1970 fast genauso hoch wie für 2030 erwartet.

Ohnehin geht es bei den Einschnitten in die Renten weniger

um die Bewältigung von demografischem Stress, sondern um das Absenken von Beiträgen der Arbeitgeber. 1989 waren alle Parteien zufrieden, mit den damals vereinbarten Rentenkürzungen die Beiträge bis 2030 unter 28 Prozent zu halten. Doch 1997 durften es nur noch 24 Prozent sein. Heute sind es 22 Prozent. Die erwarteten demografischen Belastungen sind seither kaum gewachsen. Geändert wurden die Vorgaben, wie viel an Beiträgen die Arbeitgeberseite künftig tragen soll.

Kurzum: Produktivitätszuwachs und Rückgang der Arbeitslosigkeit sind je schon für sich ausreichend, Renten mit heutiger Kaufkraft zu sichern. In den Medien wird dagegen das Bild vermittelt, es führe kein Weg an der Absenkung von Renten auf Sozialhilfenniveau vorbei. So sieht Professor Miegel vom »Institut für Altersvorsorge« der Deutschen Bank die soziale Absicherung notwendig auf das nackte Existenzminimum schrumpfen. Befragt, wie man für diese Einschnitte Wählermehrheiten bekommen will, antwortete er, das sei alles schon beschlossen. Die Öffentlichkeit habe das nur noch nicht gemerkt. Zumindest damit hat er recht. Doch Gesetze kann man auch wieder ändern. ■

Zur Person

Der Wirtschaftswissenschaftler Stefan Welzk, 65, lebt als Autor in Berlin. Er studierte Physik, Philosophie und Ökonomie. Am Max-Planck-Institut in Starnberg sowie in Florenz, Amsterdam und Konstanz arbeitete er an Forschungsprojekten über »Globalisierung und Investitionsverhalten«. Außerdem war Welzk als Mitarbeiter der Staatskanzlei Schleswig-Holsteins in der Zeit von 1991 bis 2004 im Bundesrat in den Ausschüssen Wirtschaft, Verkehr und Deutsche Einheit tätig.

Mehr zum Thema

In verschiedenen Aufsätzen hat Stefan Welzk die gängigen Prognosen zum Thema Rentendesaster unter die Lupe genommen, unter anderem in: Blätter für deutsche und internationale Politik, »Die Alterskatastrophe und der Absturz der Renten«, 6/06, Seite 707 bis 721. Zuletzt schrieb er im Juli in der Zeitschrift »Das Parlament« über die Alterskatastrophe.

► www.blaetter.de → Archiv → 2006 → Juni

► www.das-parlament.de → Ausgabenarchiv → Nummer 31

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Herbstgutachten

Mitte Oktober erscheint wieder das Herbstgutachten. An der Gemeinschaftsdiagnose mehrerer Wirtschaftsinstitute orientiert sich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Zum ersten Mal ist mit dem IMK auch ein gewerkschaftsnahes Institut dabei.

»Wir hoffen, dass jetzt ein bisschen frischer Wind reinkommt«, sagt Gustav Horn, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Das IMK ist Teil der Hans-Böckler-Stiftung. In diesem Jahr schrieb das Bundeswirtschaftsministerium den Auftrag für das Herbstgutachten erstmals europaweit unter Forschungseinrichtungen aus. Das IMK schaffte es in den Gutachterkreis – bereits zweieinhalb Jahre nach seiner Gründung.

Die Gutachten sind für die Bundesregierung Richtschnur für Konjunkturprognose und Wirtschaftspolitik. Am 18. Oktober wird das Herbstgutachten wieder veröffentlicht. Bestandteile sind Prognosen über Wirtschaftswachstum, Investitionen, Exporte und die zu erwartende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem geht es um konkrete Handlungsempfehlungen für die staatliche Wirt-

schaftspolitik. Dass das IMK jetzt neben anderen Instituten die Bundesregierung beraten darf, wird als eine Aufwertung von Gewerkschaftspositionen gesehen. Denn: Früher kritisierten die Gewerkschaften die Empfehlungen des Gutachtens oft als einseitig.

Die bisher beteiligten Institute argumentierten häufig aus neoliberaler Sicht für möglichst weniger Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen. Der Staat sollte etwa nur noch für eine

Grundsicherung sorgen und dem Bürger mehr Eigenverantwortung in der Sozialpolitik geben. Diese Sichtweise dürfte in der neuen Zusammensetzung abgeschwächt sein. »Wir hoffen, dass wir unsere Argumente stärker einbringen können«, sagt Gustav Horn. Bisher sei das Herbstgutachten stark Angebotsorientiert gewesen. Horn glaubt, dass künftig mehr Nachfrageorientierung, sprich Stärkung der Kaufkraft, Gehör finden wird. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Alternatives Wirtschaftsgutachten

Die sogenannte Memorandum-Gruppe veröffentlicht seit 1977 jedes Jahr ein Gegengutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In der Memorandum-Gruppe haben sich Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschafter aus ganz Deutschland zusammengefunden. Sie setzen sich für eine alternative Wirtschaftspolitik ein und plädieren für eine nachfragestärkende Politik sowie ein öffentliches Investitionsprogramm. Sie kritisieren die überwiegend kapitalorientierte Wirtschaftswissenschaft. Mehr Informationen unter:

► www.memo.uni-bremen.de

1,73

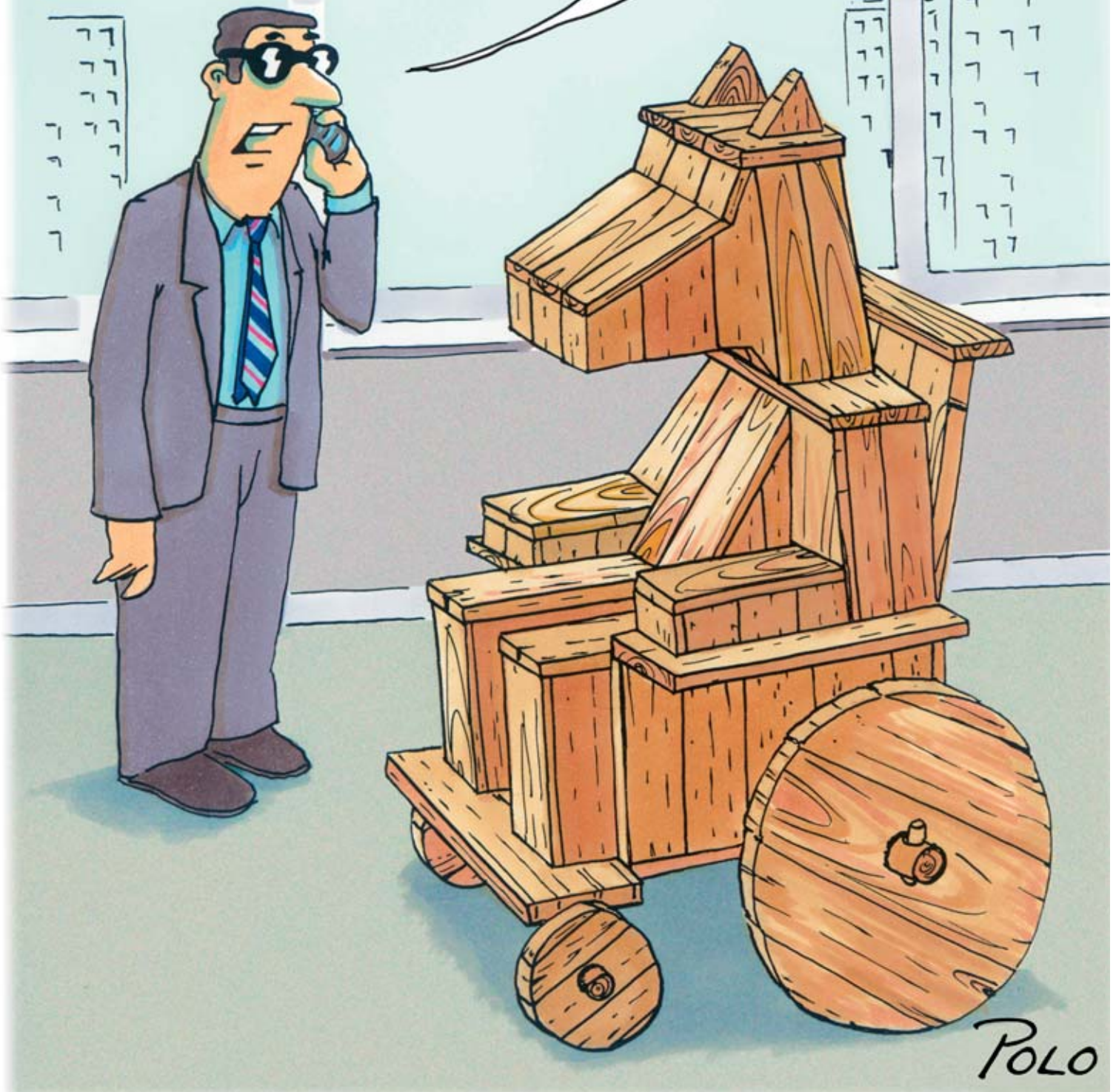
Zu wenig sensibel?

1,73 Milliarden Euro zusätzliche Kosten sollen den Unternehmen im ersten Jahr nach der Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) entstanden sein. Zu diesem Ergebnis kommt die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Bei den Gesamtkosten sollen 532 Millionen Euro für Schulungen und rund 600 Millionen Euro für Strategien aufgewendet worden sein. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bewertet die Befragung der INSM kritisch. Unklar ist, ob diese Kosten tatsächlich durch die Gesetzes Einführung notwendig wurden. Der Grund für die Vermutung: In derselben Studie gaben zwei Drittel der Firmen an, noch keine Erfahrungen mit dem AGG gemacht zu haben. Und: Bis heute ist die befürchtete Klageflut ausgeblieben. Das macht das Gesetz aber nicht überflüssig, denn: Häufig werden Beschwerden wegen Diskriminierung außergerichtlich gelöst. Auch weil diejenigen, die diskriminieren einen Imageschaden riskieren. Die Firmen sind sensibler geworden. Genau das sollte erreicht werden.



DAS LETZTE

*Ja, Herr Minister ?!
Ich wollte Bescheid sagen,
dass wir jetzt eine Beta-Version von
ihrem Trojaner fertig haben !*



LESERBRIEFE ZUR NEUEN METALLZEITUNG

Wir schärfen den Blick

Seit vergangenem Monat gibt es die **metallzeitung** im neuen Layout und jedes IG Metall-Mitglied erhält die Zeitung nach Hause geschickt. Die Redaktion wollte wissen, wie sie euch gefällt. Wir bekamen hunderte von E-Mails und Briefen – ein Zeichen, dass euch die neue Zeitung nicht egal ist. Leider können wir nicht alle Briefe veröffentlichen. Hier eine Auswahl.

Das Layout der neuen Zeitung ist klasse. Außerdem finde ich es nur gut, dass die Zeitung jetzt per Post kommt! Weiter so!

Monika Häberle, Ulm

Ich finde es sehr gut, dass ihr die metallzeitung ab jetzt zu jedem Mitglied nach Hause schickt! Jetzt können sich die Vertrauensleute um andere Dinge kümmern. Es ist auch gut, dass ihr noch einige Exemplare in die Betriebsratsbüros schickt, denn dann können diese im Foyer ausgelegt werden.

Günther Becker, Vertrauensmann bei Mahle Ventiltrieb GmbH, Wölfersheim

Die metallzeitung nach Hause: super, so erreicht ihr mich!!! Seit vielen Monaten (Jahren!) hat mich die metall nicht erreicht. Es ist außergewöhnlich realitätsfremd

zu glauben, dass die Zeitung bisher verteilt wurde.

Hans-Jörg Helwig, Hannover

Meine Anregung wäre, auch einmal über Kolleginnen und Kollegen zu berichten, die nach dem Berufsleben eine Aufgabe gefunden haben, die das Leben lebenswert macht.

Manfred Grundwald, Bochum

Mein Sohn, der gerade dieser Tage seine Beraufsausbildung begonnen hat, hat die Zeitung übrigens nur zügig, ohne bei einem Artikel anzuhalten, durchgeblättert und wieder weggelegt. Ordentlich bunter, menschlicher, persönlicher wäre sehr schön.

Reinhard Greil, München

Ich bin begeistert, dass die metallzeitung nun zu mir nach Hause kommt. Auf der Arbeit hat die Verteilung manchmal »geklemmt«.

Heinz Kruger, Reichshof

Ich finde es gut, dass die neue metallzeitung nach Hause geschickt wird, da ich bisher gar nicht wusste, dass so eine Zeitung überhaupt existiert.

Leser aus Bayern

Meine Anregung und Frage zur metallzeitung wäre, warum kein Abschnitt zur Wirtschaftspolitik in der Zeitung ist? Wir haben bei der IGM doch eine sehr informative Wirtschaftsabteilung.

Herbert Uhr, Pulheim

Ich finde es total verkehrt, dass die neue metallzeitung den Mitgliedern jetzt nach Hause geschickt wird. Durch die Verteilung hatte ich immer einen direkten Draht zu den Kollegen und ihren Fragen und Meinungen. Das wird es in Zukunft nun leider nicht mehr geben.

Mario Becker, Betriebsratsvorsitzender WDI-Drahtwerk, Staßfurt

Es ist wirklich hübsch, mal wieder etwas von meiner Gewerkschaft zu hören. In den vier Jahren meiner Arbeitslosigkeit herrschte totale Funkstille. Ich wusste kaum noch, dass es euch noch gibt.

Manfred Stibaner, Dreieich

Mein Mann bekommt immer die neuesten Infos von euch. Auch ich lese über das neueste Geschehen und bin von der neuen Aufmachung der metallzeitung begeistert. Viele interessante Artikel, für jeden etwas dabei, das anspricht.

Monika Oldenzeel, Korntal-Münchingen



MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG UND NEUE ADRESSE

Was findet ihr gut an der neuen **metallzeitung**? Was gefällt euch überhaupt nicht? Eure Meinung ist uns wichtig. Schreibt uns metallzeitung@igmetall.de oder ruft uns montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr an unter der kostenlosen Nummer 0800-4 46 38 25. Bitte meldet euch auch, wenn eure Adresse nicht stimmt. Nur so können wir euch die Zeitung nach Hause schicken.

Außerdem noch ein Hinweis: Dort wo mehrere IG Metall-Mitglieder in einem Haushalt leben, wird auch mehr als eine metallzeitung geliefert. Der Grund: Ab Januar gibt es für jedes Mitglied per Zeitung **zielgruppenspezifische Informationen**. Wenn ihr es aber dennoch vorzieht, nur eine metallzeitung pro Haushalt zu erhalten, teilt uns dies bitte mit.